

Freiheitsindex 2022

Harald Glaser / Janine Heinz

Wien, Dezember 2022

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Methodische Vorgehensweise.....	6
1 Wie geht es den Menschen unter den aktuellen Bedingungen? ...	8
2 Freiheit und Sicherheit	20
3 Auswirkungen der multiplen Krisen	23
4 Wie kann das Freiheitsgefühl gestärkt werden?	29
5 Zentrale Ergebnisse.....	34
Literaturverzeichnis	37
Abbildungen.....	39

Daten zur Untersuchung

Thema:	Freiheitsgefühl in Österreich
Auftraggeber:in:	NEOS Lab
Beauftragtes Institut:	SORA Institute for Social Research and Consulting, Wien
Wissenschaftliche Leitung:	Janine Heinz, MSc.
Autor:innen:	Mag. Harald Glaser Janine Heinz, MSc.
Erhebungsgebiet:	Österreich
Grundgesamtheit:	Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich
Stichprobenumfang:	2.164 Personen
Stichprobendesign/-ziehung:	Geschichtete Zufallsauswahl
Art der Befragung:	Methodenmix CATI (Telefonbefragung) und CAWI (Online)
Befragungszeitraum:	07. September 2022 bis 21. Oktober 2022
Gewichtung:	Nach Geschlecht, Alter und Einwohner:innenanzahl

Einleitung

Der Freiheitsbegriff ist modernen demokratischen Gesellschaften immanent und gleichzeitig umkämpft: In welchem Ausmaß muss individuelle Freiheit mit öffentlichen Mitteln gesichert werden und wo stößt sie an ihre Grenzen? Darauf wies der französische Philosoph Montesquieu bereits 1748 hin: „Es gibt wohl kein Wort, dem man mehr unterschiedliche Bedeutungen gegeben hätte als dem Wort Freiheit. Kein Wort hat die Geister so vielfältig gefesselt“ (Montesquieu 1994). Zuletzt geriet der Freiheitsbegriff im Zuge der Corona-Pandemie unter Druck – einerseits, weil Freiheiten in Form von Ausgangsbeschränkungen tatsächlich zum Wohl der Gesellschaft eingeschränkt wurden. Andererseits erfährt unter dem Deckmantel der Freiheitsverteidigung ein – wie ihn die Soziolog:innen Caroline Amlinger und Oliver Nachtwey nennen – „libertärer Autoritarismus“ Aufschwung, der die individuelle Freiheit als absolutes Recht definiert und soziale Abhängigkeiten negiert (Vgl. Amlinger/Nachtwey 2022, S. 173).

Individuelle Freiheit existiert nicht losgelöst, sondern im Rahmen von gesellschaftlichen Bedingungen, die Freiheiten überhaupt erst garantieren – oder einschränken. Daher ist es notwendig, in der Diskussion des Freiheitsbegriffs auch die Bedingungen zu untersuchen, unter denen Freiheit ermöglicht wird. Dies ist das Ziel des Freiheitsindex, der seit 2018 untersucht, wie es um das Freiheitsgefühl der Menschen in Österreich bestellt ist und welchen Einschränkungen es durch aktuelle Ereignisse unterliegt. Heuer fand bereits die fünfte Erhebung des Freiheitsindex statt, der seit Beginn als Zusatzerhebung im Demokratie Monitor konzipiert ist. Das Ziel des Demokratie Monitors ist die Untersuchung der Einstellungen von Menschen gegenüber der Demokratie und das Erkennen von Warnsignalen bei der Betrachtung dieser. Darin eingebettet ist die Zielsetzung des Freiheitsindex, einerseits das persönliche Freiheitsgefühl der Menschen in Österreich zu messen und zusätzlich die Entwicklung individueller Freiheitswahrnehmungen unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen zu beobachten. Zwischen 2018 und 2020 erfolgte diese Beobachtung anhand mehrerer Kennzahlen auf drei Ebenen: Neben dem „Freiheitsgefühl“ und der „Freiheitsliebe“ beschäftigte sich die dritte Ebene mit einem jährlich wechselnden Schwerpunkt. 2018 umfasste der Schwerpunkt das Thema „EU-Grundfreiheiten“, 2019 wurden die Einstellungen zu dem Thema „Eigentum“ untersucht. Im Jahr 2020 stand der untersuchte Schwerpunkt im Zeichen der Corona-Pandemie. 2021 fand eine Neu-Konzeption des Freiheitsindex statt. Im Zentrum dieser Neu-Konzeption steht die Frage, wie das Freiheitsgefühl unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen gestärkt werden kann. An diese Überlegung knüpft auch der Freiheitsindex 2022 an und widmet sich folgenden Fragen:

1. Wie geht es den Menschen in Zeiten multipler Krisen?
 - Haben sich die psychische Gesundheit und die finanzielle Situation angesichts von Pandemiefolgen, Teuerung und Ukraine-Krieg weiter verschlechtert?
 - Wie stark müssen sich die Menschen aufgrund der Teuerung einschränken und in welchen Bereichen spüren sie diese am stärksten?
2. Wie werden verschiedene Aspekte von Freiheit und Sicherheit angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine bewertet?
3. Wie wirken sich diese multiplen Krisen aus?
 - (Wie) Hat sich das Freiheitsgefühl angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen verändert?
 - Welche Faktoren spielen für das Freiheitsgefühl eine Rolle und wie kann es gestärkt werden?
 - Wie werden Selbstwirksamkeit und Bürokratie beurteilt?

Falls möglich, werden Zeitreihenvergleiche mit den Ergebnissen der Vorjahre vorgenommen.

Methodische Vorgehensweise

Insgesamt wurden 2.164 Menschen befragt, die zwischen 07. September 2022 und 21. Oktober 2022 telefonisch (CATI) und online (CAWI) Auskunft gaben. Ein durchschnittliches Interview dauerte 18 Minuten, der Freiheitsindex selbst umfasst circa drei Minuten. Dazu wurde im Vorfeld in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber ein standardisiertes Messinstrument (Fragebogen) entwickelt.

Organisation und Durchführung der Erhebung

Die Erhebung fand sowohl telefonisch als auch online statt – 50% der Befragten wurden telefonisch interviewt, 50% nahmen online an der Befragung teil. Die telefonischen Interviews wurden mittels CATI-Technologie durchgeführt. Dabei wird der Fragebogen so programmiert, dass die Interviewer:innen optimal bei der präzisen und korrekten Interviewdurchführung unterstützt werden. Zusätzlich wurde mittels CAWI-Verfahren gearbeitet, das die Durchführung der Erhebung auch online ermöglicht.

Stichprobe

Die Stichprobe entspricht einer vorab nach Gemeindegröße geschichteten Zufallsauswahl von Personen. Damit sind die einzelnen Gemeinden (in Wien: Bezirke) proportional zu ihrer Einwohner:innenzahl in der Stichprobe repräsentiert. Die Teilnehmer:innen an der Online-Erhebung wurden telefonisch und damit offline rekrutiert. Dies ist aufwändig, gewährleistet jedoch die Repräsentativität der Stichprobe (Baur & Florian 2009).

Datenprüfung

Im Anschluss an die Erhebung wurden die Daten einer Qualitätsprüfung unterzogen. Dazu wurden im Besonderen Plausibilitätstests durchgeführt.

Gewichtung

Um repräsentative Ergebnisse zu erzielen, muss für jede Person in der Grundgesamtheit die gleiche Wahrscheinlichkeit gelten, für die Stichprobe ausgewählt zu werden. Die Bereitschaft zur Teilnahme variiert jedoch in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (Schräpler 2000). Diese unterschiedliche Teilnahmebereitschaft kann durch eine Gewichtung der Daten ausgeglichen werden. Die Gewichtung erfolgt, um die Verteilungen gewisser Merkmale in der Stichprobe an die Verteilung in der Grundgesamtheit – der österreichischen Bevölkerung – anzupassen. Die vorliegenden Daten wurden nach den Kriterien Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus und dem Urbanisierungsgrad gewichtet.

Regressionsanalysen

Zur Klärung der Frage, wie das Freiheitsgefühl gesteigert werden kann, wurde ein Regressionsmodell berechnet. Durch dieses statistische Verfahren kann der Einfluss unabhängiger Variablen auf eine abhängige Variable bestimmt werden (Backhaus et al. 2008). Die zu erklärende Variable ist in diesem Fall das Freiheitsgefühl. Die unabhängigen Variablen werden auf Basis von Zusammenhangsanalysen ausgewählt und ergeben sich demzufolge hypothesengeleitet. Die Berechnung des Modells erfolgte schrittweise, also hierarchisch: Die jeweiligen unabhängigen Variablen wurden nach inhaltlicher Vorauswahl gebündelt und nacheinander in das Regressionsmodell aufgenommen. Diese Vorgehensweise erlaubt es, indirekte Einflüsse zu identifizieren (Cohen et al. 2003).

Schwankungsbreiten

Bei der Interpretation von Unterschieden zwischen Teilgruppen bzw. von Veränderungen über die Zeit sind Schwankungsbreiten zu berücksichtigen. Schwankungsbreiten geben mit Bezug auf die Größe der Stichprobe (und mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%) jenen Bereich an, innerhalb dessen der „wahre“ Prozentwert in der Grundgesamtheit liegt. Liegen die beiden zu vergleichenden Prozentwerte innerhalb der ermittelten Schwankungsbreite, ist der Unterschied nicht signifikant. Als Richtwert kann bei $n=2.164$ die maximale Schwankungsbreite von $\pm 2,1\%$ herangezogen werden: Bei einem Stichprobenwert von 50% liegt der „wahre“ Wert also zwischen 47,9% und 52,1%.

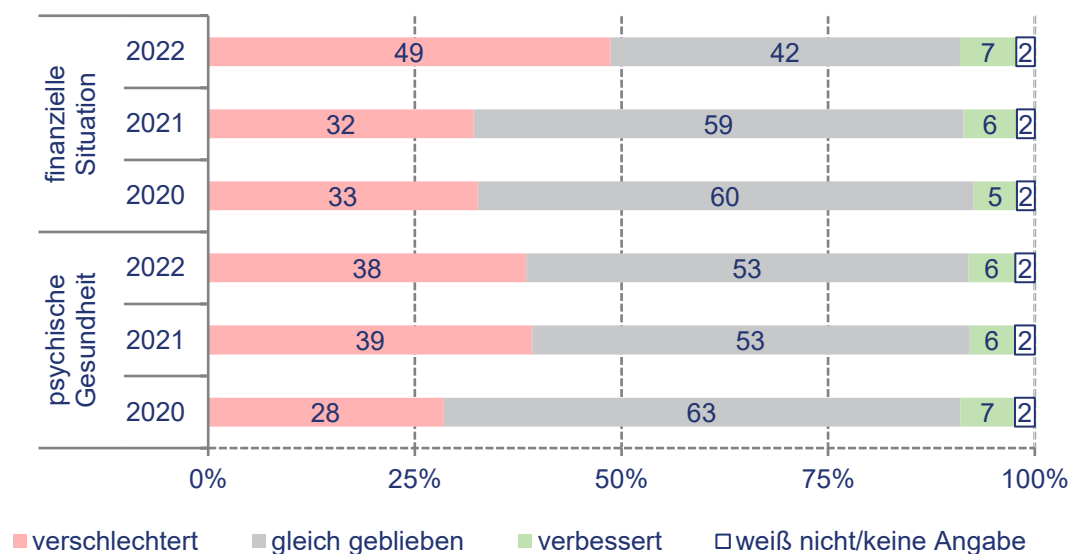
Sämtliche der im Folgenden dargestellten Unterschiede zwischen Teilgruppen bzw. Veränderungen über die Zeit wurden auf statistische Signifikanz geprüft.

1 Wie geht es den Menschen unter den aktuellen Bedingungen?

Die Pandemie begleitet die Menschen nunmehr seit beinahe drei Jahren und hat nachhaltige Spuren auf verschiedenen Ebenen in der österreichischen Gesellschaft hinterlassen. Dies führt dazu, dass die Corona-Thematik mittlerweile zum dritten Mal in den Freiheitsindex einfließt. Doch auch weitere Komponenten wie der Angriffskrieg auf die Ukraine und die dadurch ausgelöste bzw. verstärkte Energie- und Teuerungskrise wirken sich auf die Menschen in Österreich aus und sind Gegenstand dieser Untersuchung.

Der Demokratie Monitor hat 2020 und 2021 bereits Verschlechterungen der psychischen Gesundheit und der finanziellen Situation offengelegt. Im Jahr 2022 hat sich mittlerweile für die Hälfte (49%) der Menschen die finanzielle Situation seit Beginn der Pandemie verschlechtert (Abbildung 1). Die psychosozialen Belastungen stagnieren aktuell auf hohem Niveau – wie im Vorjahr berichten 4 von 10 Personen von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit.

Abbildung 1: Auswirkungen der Pandemie im Zeitverlauf

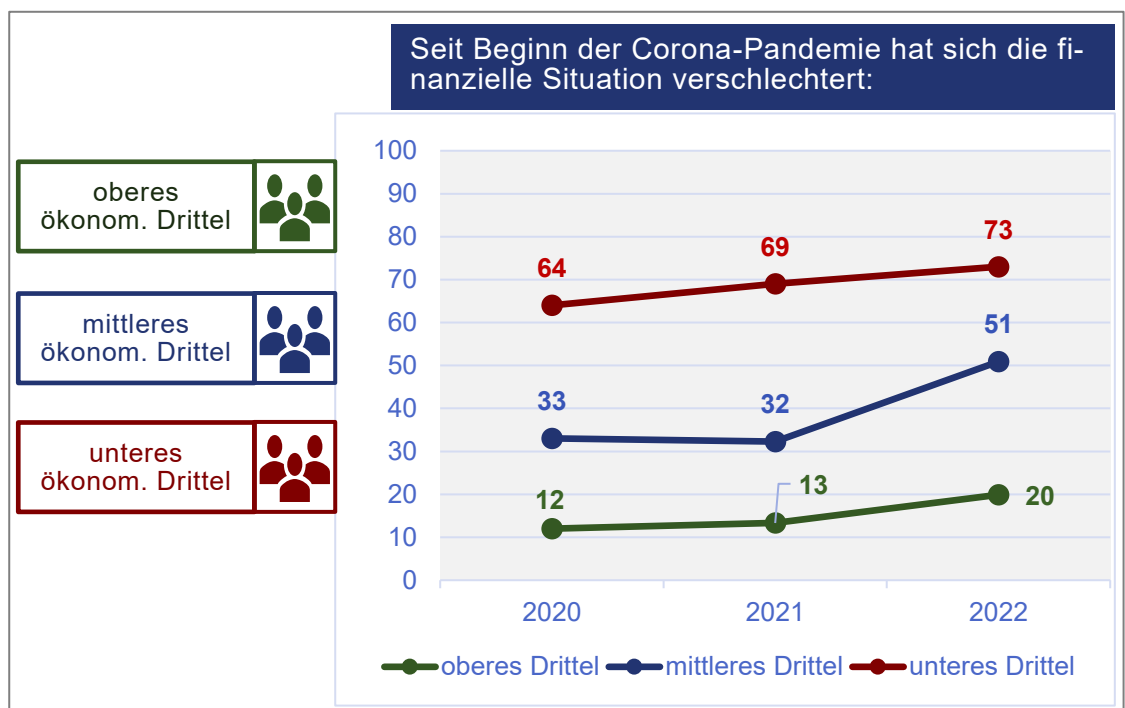


Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren, also seit Beginn der Corona-Pandemie ... verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?“

Wie bereits zahlreiche Untersuchungen aufgezeigt haben, betreffen die Folgen der Pandemie nicht alle Bevölkerungsgruppen im gleichen Ausmaß (Vgl. Shantz 2010, Kaporiri & Ross 2018, aktuell für Österreich: Zandonella 2021, Zandonella & Hoser 2022). Ivan Krastev, ein bulgarischer Politologe, hat dies als das Paradoxon des egalitären Virus, das bei Ausbruch der Pandemie das Leben aller betroffen hat, dessen Auswirkungen aber nicht alle gleichermaßen

betrifft, bezeichnet (Krastev 2020). Dies ist auch seit 2020 im Freiheitsindex beobachtbar, das untere ökonomische Drittel ist seit Ausbruch der Pandemie stärker von den Auswirkungen auf die finanzielle Situation betroffen. Der Anstieg der finanziellen Belastungen im Vergleich zum Vorjahr ist jedoch vor allem auf das mittlere ökonomische Drittel zurückzuführen (Abbildung 2 & Abbildung 3). Betrachtet man diejenigen, deren finanzielle Situation sich verschlechtert hat, so ist erkennbar, dass 2022 mittlerweile die Hälfte (51%) des mittleren ökonomischen Drittels – im Vergleich zu jeweils rund einem Drittel in den Jahren 2020 und 2021 – davon betroffen ist. Im unteren ökonomischen Drittel berichten nach wie vor die meisten Menschen von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage. Nachdem 2020 64% und 2021 69% von einer Verschlechterung der finanziellen Situation berichteten, hat sie sich heuer für rund drei Viertel (73%) verschlimmert. Im oberen ökonomischen Drittel ist inzwischen jede fünfte Person (20%) mit einer Verschlechterung der finanziellen Lage konfrontiert. In den Vorjahren war jeweils rund jede achte Person dieser Gruppe betroffen (2020: 12% bzw. 2021: 13%).

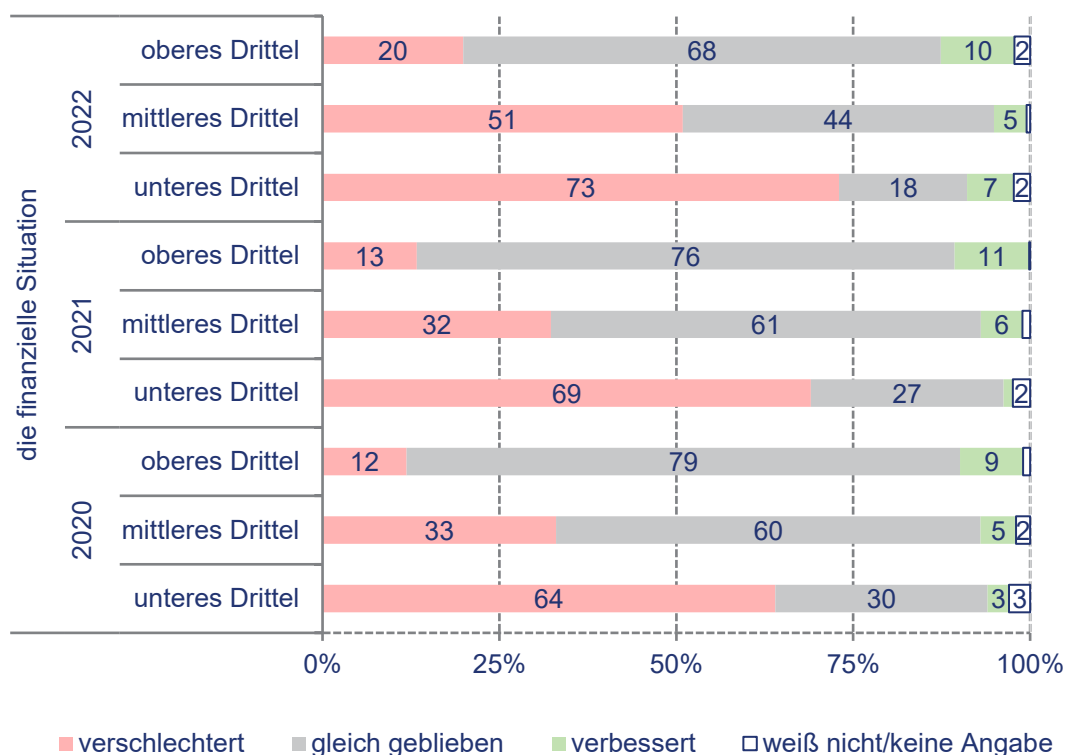
Abbildung 2: Verschlechterung der finanziellen Situation nach ökonomischen Dritteln



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren, also seit Beginn der Corona-Pandemie die finanzielle Situation Ihres Haushalts verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?“ Dargestellt ist der Anteil jener, deren Situation sich verschlechtert hat.

Zieht man die Darstellung aller Angaben heran wird deutlich, dass sich in allen drei Dritteln der Anteil jener, deren finanzielle Situation sich verbessert hat, über die Jahre weitgehend unverändert blieb (Abbildung 3).

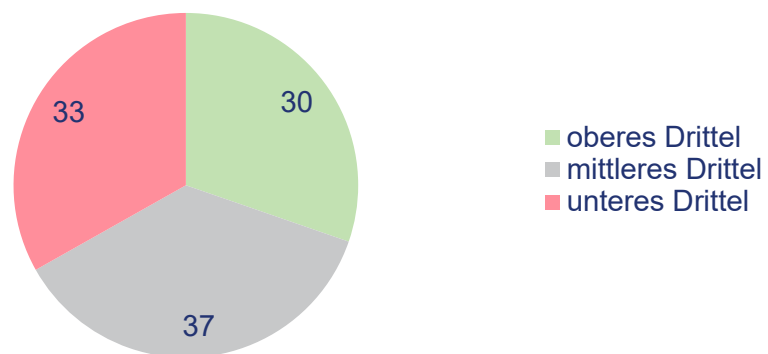
Abbildung 3: Finanzielle Situation nach ökonomischen Drittel im Jahresverlauf



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren, also seit Beginn der Pandemie die finanzielle Situation Ihres Haushalts verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?“ Zur besseren Lesbarkeit wurde die Beschriftung der Werte 0% bzw. 1% entfernt.

Exkurs: Messung der ökonomischen Ungleichheit anhand von drei Dritteln

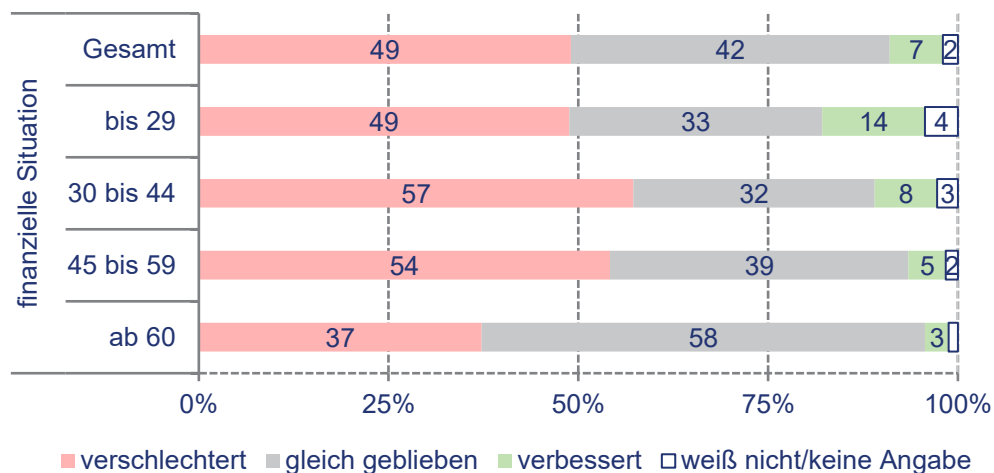
Die angeführten ökonomischen Drittel wurden, wie in den vergangenen Jahren, anhand einer Clusteranalyse erfasst. Diese umfasst die Frage nach dem Auskommen mit dem Einkommen sowie auf der Einschätzung der zukünftigen finanziellen Absicherung. Auf Basis dieser Analyse ergeben sich drei Gruppen, sogenannte Cluster, welche jeweils rund ein Drittel der Menschen in Österreich abbilden: das mittlere Drittel bildet 37% ab, von denen die Mehrheit angibt, einigermaßen von ihrem Einkommen leben zu können und ihre finanzielle Absicherung als eher gut einzuschätzen (Abbildung 4). 30% werden dem oberen Drittel zugerechnet, welches gut mit ihrem Einkommen auskommt und finanziell sehr gut abgesichert ist. Im Kontrast dazu stehen 33%, die dem unteren Drittel zugeordnet sind. Diese Personen sehen sich in der Zukunft finanziell unzureichend abgesichert und ihr Einkommen reicht aktuell kaum zum Leben aus.

Abbildung 4: Die ökonomischen Drittel

Angabe in Prozent. Anm.: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Einkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst.

Dabei sind nicht alle Bevölkerungsgruppen zu gleichen Teilen in den drei Dritteln vertreten: Insgesamt gehören vor allem Frauen unter 45 (43%), Menschen ohne Matura (40%) sowie die jüngste Altersgruppe unter 30 Jahren (42%) häufiger dem unteren ökonomischen Drittel an. Aber auch jene in der Altersgruppe zwischen 30 und 44 und Arbeiter:innen sind im unteren Drittel überdurchschnittlich oft vertreten.

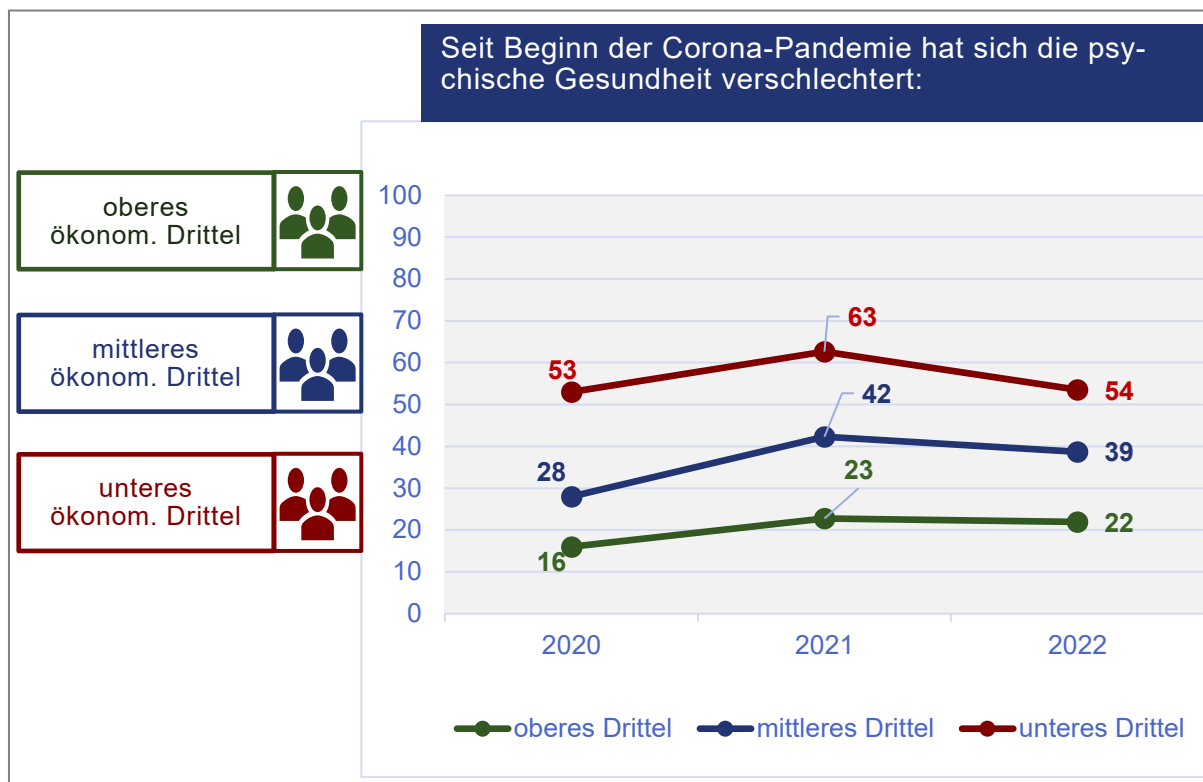
Dies spiegelt sich auch in der aktuellen Entwicklung wider: Betrachtet man die Veränderung der finanziellen Situation wird deutlich, dass vor allem in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen eine Verschärfung spürbar ist (Abbildung 5). Mit 57% berichtet mehr als die Hälfte dieser Altersgruppe von einer Zuspitzung der ökonomischen Situation. Dies ist auch jene Gruppe, deren Lebensphase besonders „finanzierungsintensiv“ ist – in diese Lebensphase fallen mitunter die Familiengründung, ein Wohnungserwerb oder ein Hausbau. Ähnlich ergeht es den 45- bis 59-Jährigen, hier sind 54% von einer Verschlimmerung betroffen.

Abbildung 5: Veränderung der finanziellen Situation nach Altersgruppen

Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren, also seit Beginn der Pandemie die finanzielle Situation Ihres Haushalts verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben? Zur besseren Lesbarkeit wurde die Beschriftung der Werte 0% bzw. 1% entfernt.

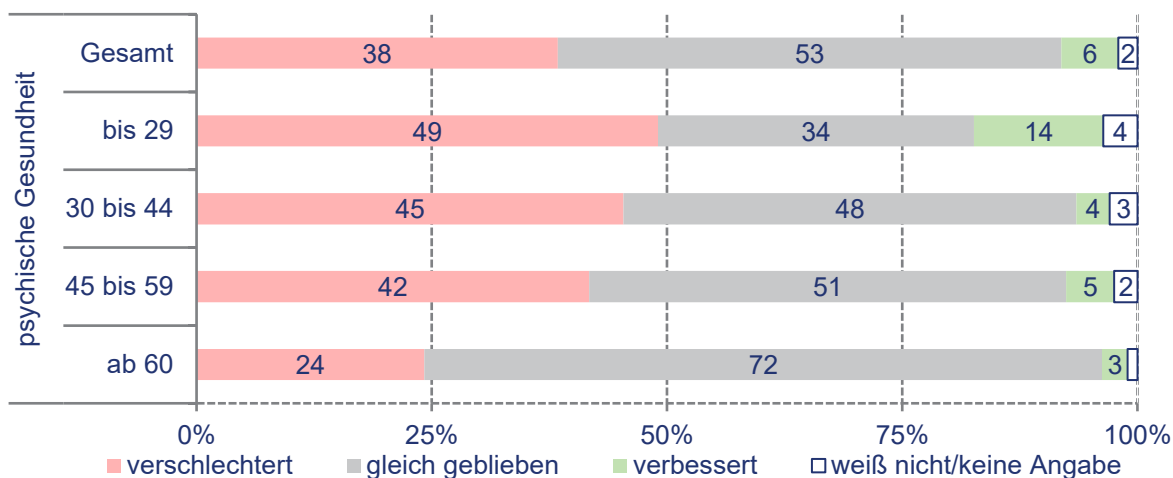
Während sich die ökonomische Belastung verschärft hat, stagnieren die Belastungen auf psychosozialer Ebene auf einem hohen Niveau. Die psychische Gesundheit von Menschen im unteren ökonomischen Drittel leidet nach wie vor am meisten unter den Auswirkungen der Pandemie (Abbildung 6). Hier sieht sich heuer mehr als die Hälfte (54%) mit Verschlechterungen ihrer mentalen Gesundheit konfrontiert. Zwar berichteten im Jahr 2021 mit 64% noch mehr Menschen im unteren Drittel von einer Verschlechterung ihrer psychosozialen Lage. Jedoch stellt sich im unteren Drittel trotz Entschärfung der Pandemielage keine Entspannung der psychischen Gesundheit ein. Aber auch in den beiden anderen Dritteln mit besserer finanzieller Absicherung sind 2022 mehr Menschen von einer Verschlechterung der psychischen Gesundheit betroffen als im ersten Pandemiejahr 2020 (Abbildung 6).

Abbildung 6: Verschlechterung der psychischen Gesundheit nach ökonomischen Dritteln



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren, also seit Beginn der Corona-Pandemie Ihre psychische Gesundheit verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?“ Dargestellt ist der Anteil jener, deren Situation sich verschlechtert hat. Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst.

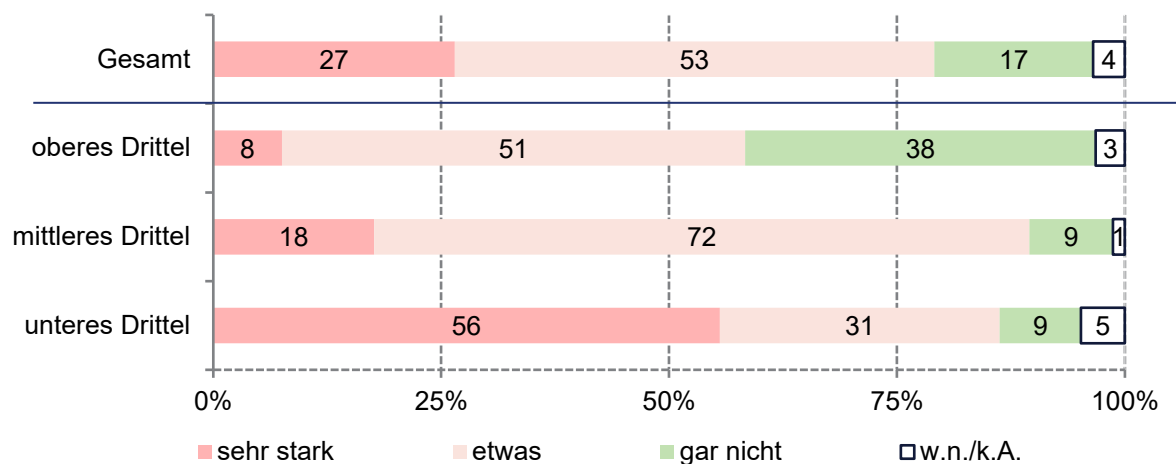
Junge Menschen sind, wie bereits andere Untersuchungen gezeigt haben (Vgl. Zandonella 2021, Zandonella & Hoser 2022), von psychischen Belastungen stärker betroffen. Am stärksten trifft es die unter 30-Jährigen, wo nach wie vor die Hälfte (49%) von einer Verschlechterung der psychosozialen Situation berichtet (Abbildung 7). Auch in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen ist eine überdurchschnittlich hohe Verschlechterung der mentalen Gesundheit feststellbar.

Abbildung 7: Psychische Gesundheit nach Altersgruppen

Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren, also seit Beginn der Corona-Pandemie Ihre psychische Gesundheit verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?“ Zur besseren Lesbarkeit wurde die Beschriftung der Werte 0% bzw. 1% entfernt.

Im Zuge des russischen Angriffskrieges und der Nachwirkungen der Corona-Pandemie kam es im Laufe des Jahres 2022 in Österreich zu Rekordwerten bei der Inflationsrate mit über 10% (z.B. 10,5% im September 2022). Die Teuerungsrate von September 2022 lag über jener der Ölkrise der 1970er Jahre und war vor 70 Jahren das letzte Mal auf einem höheren Niveau.¹ Diese außergewöhnlich hohen Inflationsraten führen dazu, dass sich über ein Viertel (27%) der Bevölkerung aufgrund der Teuerungen sehr stark einschränken muss (Abbildung 8). Mehr als die Hälfte (56%) ist zumindest „etwas“ von den Preissteigerungen im Alltag betroffen. Vor allem jene, die sich in schwieriger finanzieller Lage befinden, spüren die Auswirkungen der Teuerung besonders. Über die Hälfte (56%) des unteren ökonomischen Drittel muss sich im Alltag sehr stark und rund ein Drittel (31%) etwas aufgrund von Preisanstiegen einschränken. Aber auch Menschen im mittleren ökonomischen Drittel stehen durch die Inflation vor finanziellen Herausforderungen. So sind im mittleren Drittel 18% sehr stark und 72% etwas von den Teuerungen betroffen. Im oberen ökonomischen Drittel hingegen müssen sich 8% finanziell sehr stark und 51% etwas einschränken.

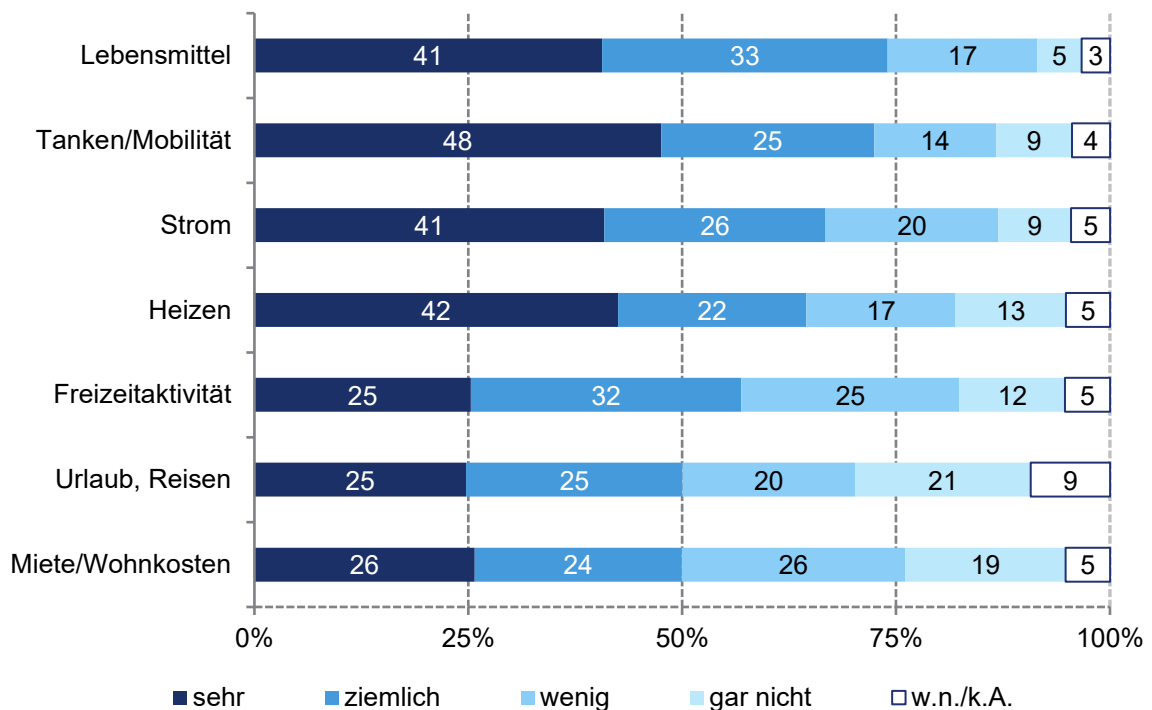
¹ Statistik Austria, Pressemitteilung September 2022. Abrufbar unter: <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2022/10/20221019VPISeptember2022.pdf>

Abbildung 8: Betroffenheit von Teuerung nach ökonomischen Dritteln

Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Derzeit wird vieles teurer. Müssen Sie sich deswegen im Alltag sehr stark, etwas oder gar nicht einschränken?“

Sehr starke Einschränkungen berichten zudem jene ohne Maturaabschluss (33%) und 30- bis 44-Jährige (32%). So sind z.B. 38% der Männer und 41% der Frauen – jeweils jene unter 45 ohne Matura – im Alltag von den Preissteigerungen sehr stark betroffen.

Der Anstieg der Inflation wirkt sich auf verschiedene Bereiche des Alltags aus. Gefragt nach den letzten sechs Monaten ist die Teuerung in den Bereichen des täglichen Lebens, wie beim Einkauf von Lebensmitteln, den Kosten für Heizung, Energie bzw. Mobilität am stärksten spürbar (Abbildung 9). So sind jeweils rund drei Viertel der Menschen beim Lebensmitteleinkauf und beim Tanken von Teuerungen betroffen. Für etwa zwei Drittel sind Preissteigerungen im Bereich der Strom- (67%) und Heizkosten (64%) aktuell spürbar. 57% merken an, dass sie im Bereich der Freizeitaktivitäten Teuerungen wahrnehmen und jeweils die Hälfte (je 50%) war von Preisanstiegen bei Urlaubs- bzw. Wohn- und Mietkosten betroffen.

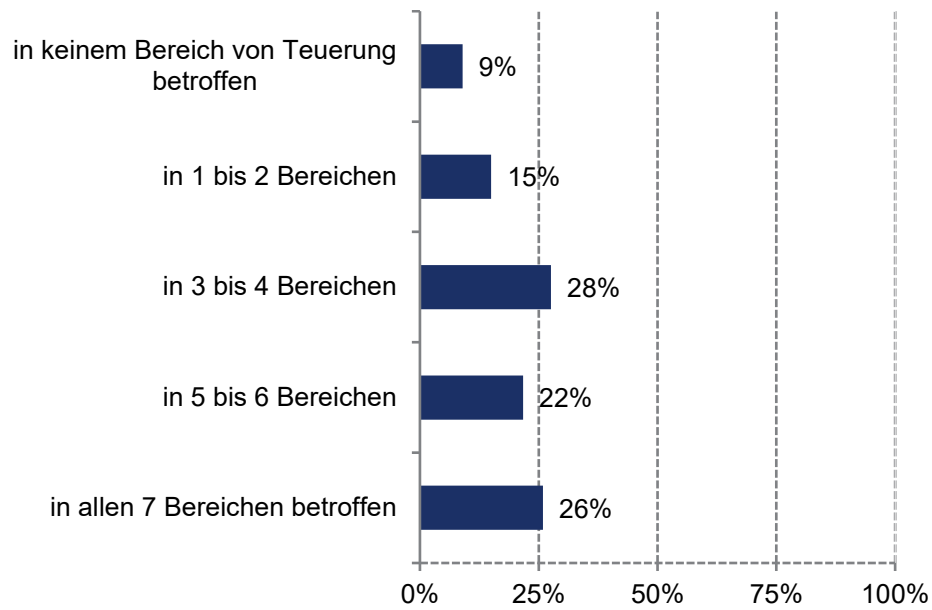
Abbildung 9: Aktuelle Betroffenheit von Teuerung nach Bereichen

Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: "Viele Dinge werden derzeit teurer. Wenn Sie an die letzten sechs Monate denken: Waren Sie in folgenden Bereichen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht von höheren Preisen betroffen?"

Von höheren Preisen sind Menschen unterschiedlich stark betroffen. Die Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen ist in allen Bereichen überdurchschnittlich stark von der Teuerung betroffen. Zudem treffen die hohen Kosten für Treibstoff die rurale Bevölkerung signifikant stärker. Rund acht von zehn Personen in ländlichen Gebieten (79%) sowie 80% des mittleren ökonomischen Drittels zeigen sich dadurch belastet. Hinsichtlich der Stromkosten beklagen 73% des unteren ökonomischen Drittels Preisanstiege. Hohe Heizkosten sind vor allem für die genannte Altersgruppe und Menschen ohne Matura ein Problem – jeweils rund zwei Drittel (je 67%) sind dadurch belastet. Das untere ökonomische Drittel sticht mit 65% auch in Bezug auf Freizeitaktivitäten mit hohen finanziellen Belastungen hervor. Des Weiteren sind für Frauen bis 45 Jahren Steigerungen bei Urlaubskosten (57%) und Miete- bzw. Wohnkosten (59%) am meisten spürbar.

Betrachtet man das Ausmaß multipler Betroffenheit von Preissteigerungen, ergibt sich ein besorgniserregendes Bild: Rund ein Viertel (26%) sind in allen sieben Bereichen, die in Abbildung 9 ausgewiesen sind, von Teuerungen betroffen (Abbildung 10). Für 22% ist die Teuerung in fünf bis sechs Bereichen spürbar, für rund drei von zehn Menschen in Österreich (28%) in drei bis vier Bereichen. Etwa ein Sechstel (15%) ist in nur ein bis zwei Bereichen durch die Preissteigerungen belastet. Nur rund eine von zehn Personen (9%) ist in keinem der genannten Bereiche von Teuerungen betroffen.

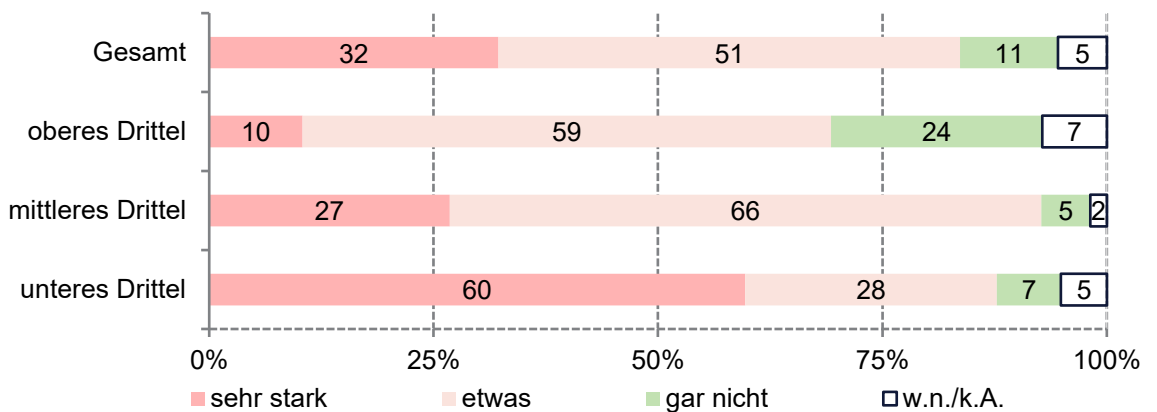
Abbildung 10: Anzahl der von Teuerung betroffenen Bereiche



Angabe in Prozent. Zusammenfassung der Ausprägungen „sehr“ und „ziemlich“.

Auch der Blick in die Zukunft der Einschränkungen aufgrund von Preissteigerungen ist wenig optimistisch. Vor allem Angehörige des ökonomischen Mittelstandes fürchten in den nächsten Monaten stärkere monetäre Einbußen (Abbildung 11). Hier rechnen 27% bzw. 66% damit, dass sie von Preisanstiegen sehr stark bzw. etwas im Alltag betroffen sein werden. Im oberen ökonomischen Segment steigt der Anteil jener, die davon überzeugt sind, sich finanziell etwas einschränken zu müssen, auf 59%. Das untere ökonomische Drittel leidet, wie bereits beschrieben, aktuell schon stark unter den Teuerungen und erwartet dahingehend noch eine etwaige Zuspitzung der finanziellen Lage.

Abbildung 11: Finanzielle Einschränkungen in den nächsten Monaten nach ökonomischen Dritteln

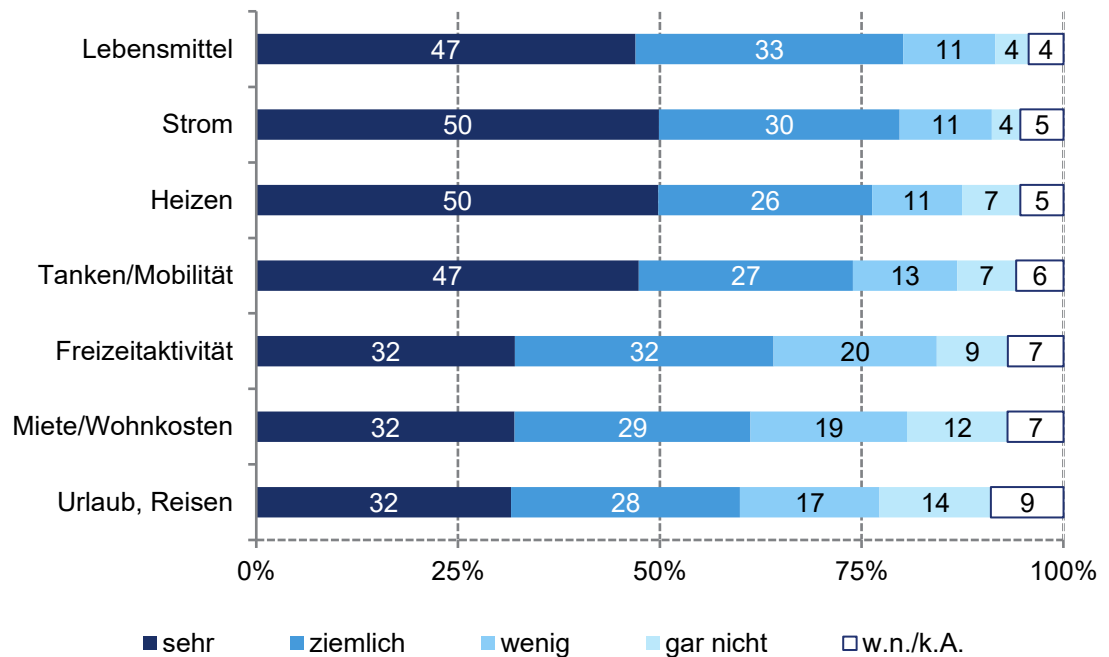


Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Werden Sie sich in den kommenden Monaten sehr stark, etwas oder gar nicht einschränken müssen?“

Zukünftige Einschränkungen treffen wiederum Jüngere und Personen mit formal niedrigerem Bildungsabschluss stärker als andere. 41% der Männer bzw. 45% der Frauen im Alter von maximal 44 Jahren und ohne Matura rechnen mit starken finanziellen Einbußen.

Die Menschen schätzen ihre zukünftige Betroffenheit von Kostensteigerungen in den nächsten 12 Monaten also umfangreicher ein als die aktuelle. Acht von zehn Personen rechnen mit Erhöhungen von Lebensmittelkosten (Abbildung 12). In den Bereichen Strom und Heizen führt die Aussicht auf möglich Nachforderungen der Energieanbieter dazu, dass mehr Menschen in diesen Bereichen eine Preissteigerung erwarten – drei Viertel sehen sich zukünftig sehr bzw. ziemlich stark betroffen. Weitere drei Viertel (74%) stellen sich auf einen Anstieg der Mobilitäts- bzw. Tankkosten ein. Außerdem erwartet ein größerer Anteil (61%) in Zukunft höhere Miet- und Wohnkosten als aktuell.

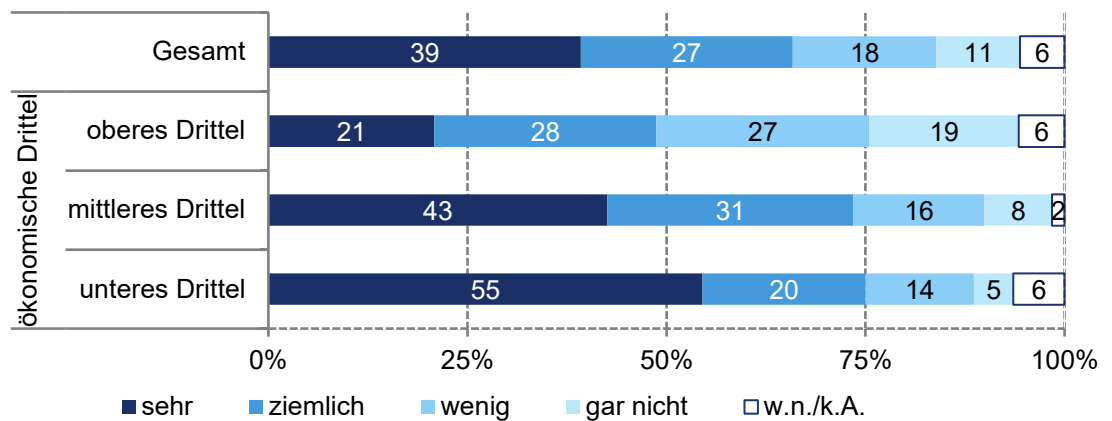
Abbildung 12: Zukünftige Betroffenheit von Teuerung nach Bereichen



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Und was denken Sie, wie stark Sie in den nächsten 12 Monaten in den folgenden Bereichen von höheren Preisen betroffen sein werden?“

Die aktuelle Situation der Teuerung führt dazu, dass es für die Menschen zunehmend schwieriger wird, Geld zur Seite zu legen. Rund zwei Drittel (67%) können im Moment weniger Geld als gewöhnlich sparen (Abbildung 13). Dies trifft vor allem auf Personen im unteren bzw. mittleren ökonomischen Drittel zu – hier legen jeweils drei Viertel (75% bzw. 74%) wegen der höheren Preise weniger Ersparnisse an.

Abbildung 13: Sparen nach ökonomischen Dritteln



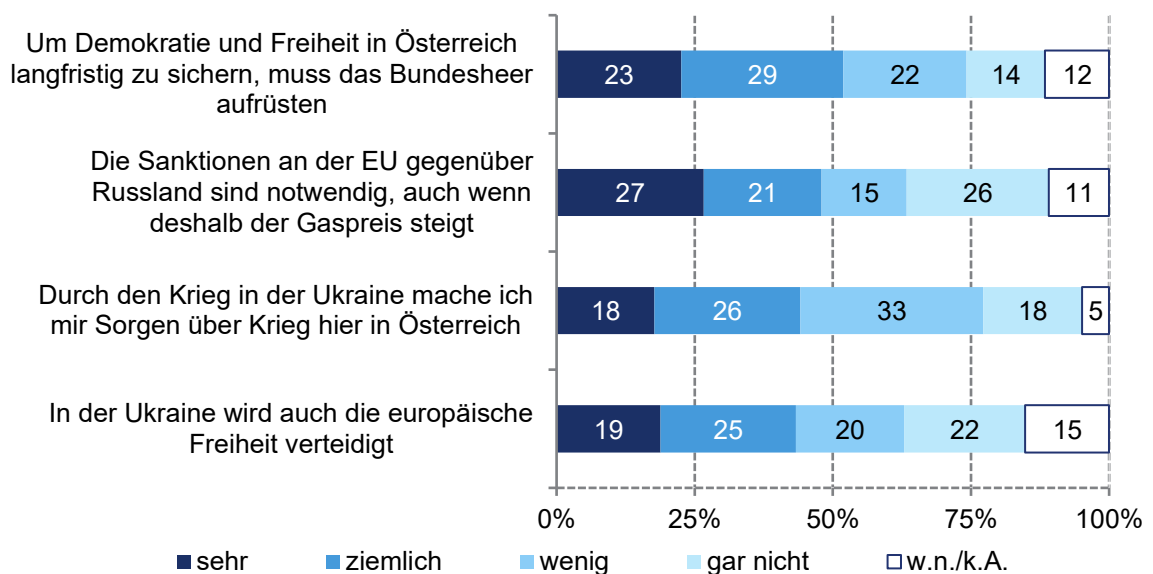
Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut „Wegen der aktuellen Preissteigerungen lege ich momentan weniger Geld zur Seite als sonst.“

2 Freiheit und Sicherheit

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022 führte zu einem Überdenken bisheriger sicherheitspolitischer Positionen in vielen europäischen Staaten. Diese waren seit dem Ende des Kalten Krieges von Reduktionen der Verteidigungsetats und Bemühungen der Abrüstung geprägt (Bardt 2021; Mölling et al. 2022). Der russische Angriffskrieg führte in Europa unter anderem dazu, wieder über Aufrüstung nachzudenken.

In Österreich zeichnet sich diesbezüglich eine knappe Mehrheit für die Aufrüstung ab: Etwas mehr als die Hälfte (52%) stimmt der Aussage zu, dass das Bundesheer aufrüsten muss, um die Demokratie und Freiheit in Österreich zu sichern (Abbildung 14). Die EU-Sanktionen gegenüber Russland erachten 48% als notwendig, auch wenn dies mit höheren Gaspreisen einhergeht. Jeweils 44% machen sich aufgrund des Ukrainekriegs auch Sorgen über einen Krieg in Österreich bzw. sind der Meinung, dass in der Ukraine auch die europäische Freiheit verteidigt wird. Allerdings äußern auch 15% der Menschen dazu keine Meinung.

Abbildung 14: Aufrüstung, Russland-Sanktionen, Kriegssorgen & europäische Freiheit



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Durch den Krieg in der Ukraine ist das Thema Sicherheit wieder aktuell. Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

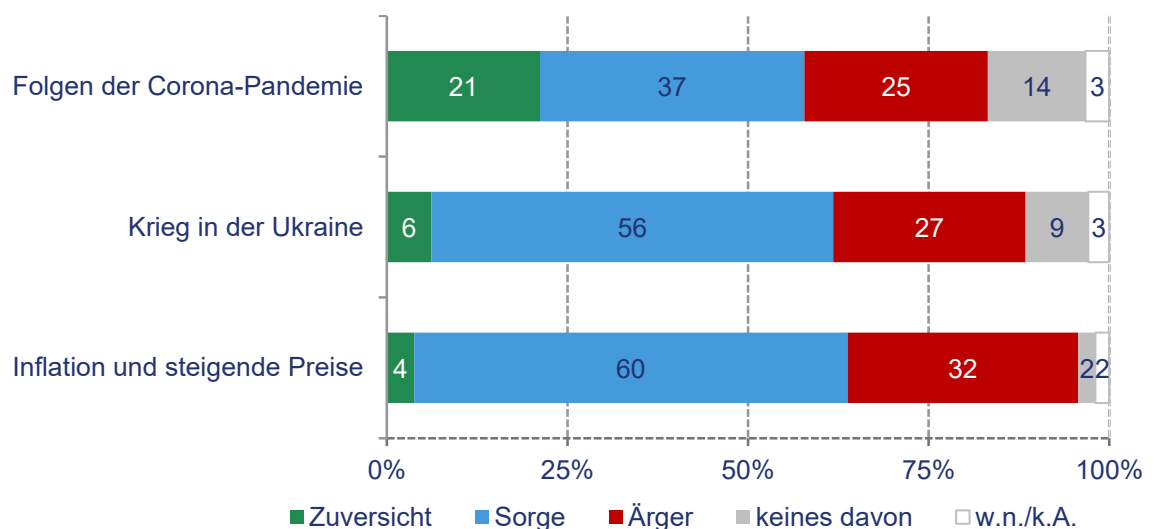
Die Zustimmung zur Aufrüstung steigt mit dem Alter. Während 43% der unter 30-Jährigen und 47% der 30- bis 44-Jährigen diese Aussage befürworten, tun dies 54% der 45- bis 59-Jährigen und 60% der über 59-Jährigen. Bei den Sanktionen zeigt sich die geringste Zustimmung in der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen (mit einem Anteil von 42%) – das höchste Maß an Zustimmung ist in

der Altersgruppe 60+ (mit einem Anteil von 53%) zu finden. Unterschiede sind auch entlang des formalen Bildungsabschlusses und ökonomischer Ressourcen zu verorten. Während 59% der Personen mit Matura die Sanktionen befürworten, stimmen diesen nur 43% ohne Matura zu. Zugleich befürchten nur 35% jener, die sich aktuell bereits sehr stark aufgrund der Preissteigerungen einschränken müssen, die Sanktionen gegen Russland.

Kriegssorgen und die Befürwortung der Aussage, dass in der Ukraine auch die europäische Freiheit auf dem Spiel steht, sind ebenfalls unterschiedlich verbreitet. So macht sich mehr als die Hälfte der Frauen ab 45 ohne Maturaabschluss (52%) Sorgen über Krieg in Österreich. Andererseits sind vor allem Männer mit höherem Bildungsabschluss der Meinung, dass in der Ukraine auch die europäische Freiheit verteidigt wird – 58% der Männer mit Matura stimmen dieser Aussage zu.

Welche Gefühlslagen lösen die dargestellten Entwicklungen bei den Menschen aus? Hinsichtlich der Folgen der Pandemie, des Ukrainekriegs und der Inflation ist in erster Linie das Gefühl von Sorge vorherrschend. So bereitet Corona mehr als einem Drittel (37%) der Menschen Sorge – ein Viertel (25%) ist über die Lage verärgert und rund ein Fünftel (21%) zuversichtlich gestimmt (Abbildung 15). Der Krieg in der Ukraine löst bei mehr als der Hälfte (56%) Sorgen und bei mehr als einem Viertel (27%) Ärger aus – nur 6% sind bezüglich der Entwicklungen in der Ukraine zuversichtlich. Inflation und Preissteigerungen lösen das größte Maß an Sorge bei den Menschen aus. Sechs von zehn sorgen sich wegen der Teuerungen und ein Drittel (32%) ist deswegen verärgert.

Abbildung 15: Gefühlslagen zu aktuellen Entwicklungen



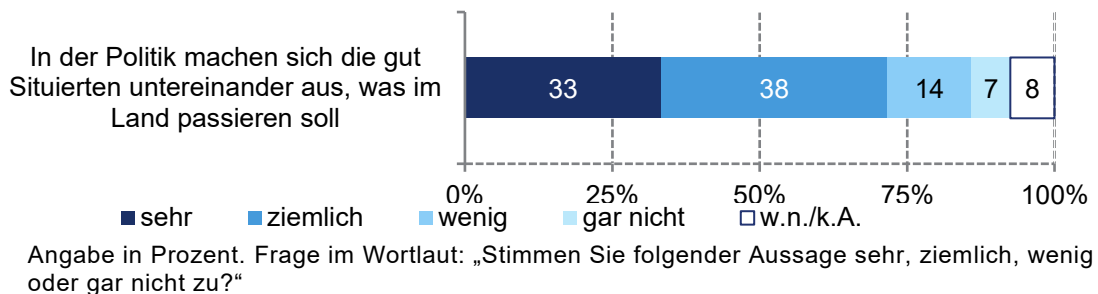
Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Welches Gefühl haben Sie am ehesten in Bezug auf folgende Themen in Österreich? Zuversicht, Sorge oder Ärger?“

Angesichts der Folgen der Corona-Pandemie lassen sich Gruppenunterschiede identifizieren. Die höchste Zuversicht (mit einem Anteil von 37%) herrscht unter jüngeren Männern (bis 44) mit Matura, die größten Sorgen sind (mit einem Anteil von 44%) in der Gruppe der jüngeren Frauen (bis 44) mit Matura zu erkennen. Im Gegensatz dazu sind 32% der Männer bis 44 ohne Matura angesichts der Pandemie verärgert. 67% der Frauen über 44 Jahren zeigen sich durch den Ukrainekrieg besorgt und 35% der Männer ab 45 ohne Matura sind verärgert. Die Inflation bereitet Männern bis 44 mit Matura sowie Frauen ab 45 mit Matura (mit Anteilen von 69% bzw. 70%) am meisten Sorgen. Außerdem sind 37% der älteren Männer (ab 45) ohne Matura in einem größeren Ausmaß über die Teuerungen verärgert.

3 Auswirkungen der multiplen Krisen

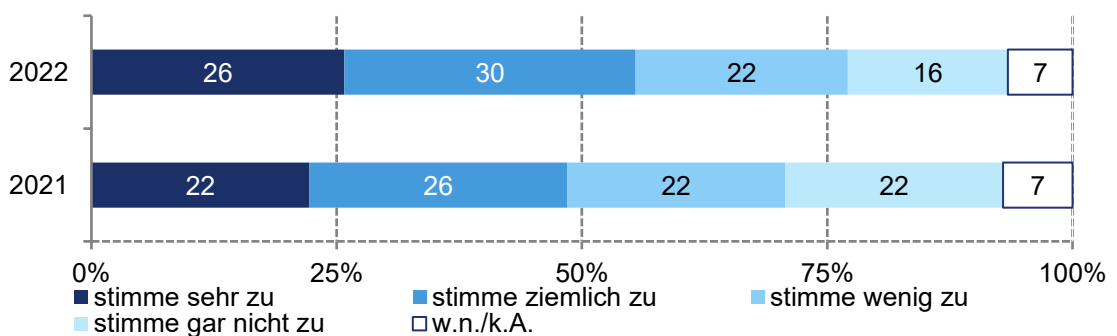
Durch Wechselwirkungen bildet sich aus den verschiedenen Krisenprozessen, denen wir aktuell gegenüberstehen, eine multiple Krisenlage (Klauke 2022). Neben der finanziellen und psychosozialen Situation treten zu den multiplen Krisenerfahrungen auch innenpolitische Ereignisse, die sich auf die Wahrnehmung von Politik auswirken. So leidet das Vertrauen in die Politik unter den Korruptionsvorwürfen der letzten Jahre. 71% sind der Meinung, dass sich in der Politik die gut Situierten untereinander ausmachen, was im Land passieren soll (Abbildung 16).

Abbildung 16: Korruptionsempfinden



Das Gefühl, durch die Politik ungleich behandelt zu werden, war bereits 2021 stark ausgeprägt – rund die Hälfte hatte den Eindruck, von der Politik wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden. 2022 hat sich dieses Ungleichheitsempfinden noch einmal erhöht und mittlerweile teilt mit 56% mehr als die Hälfte der Menschen diesen Eindruck (Abbildung 17).

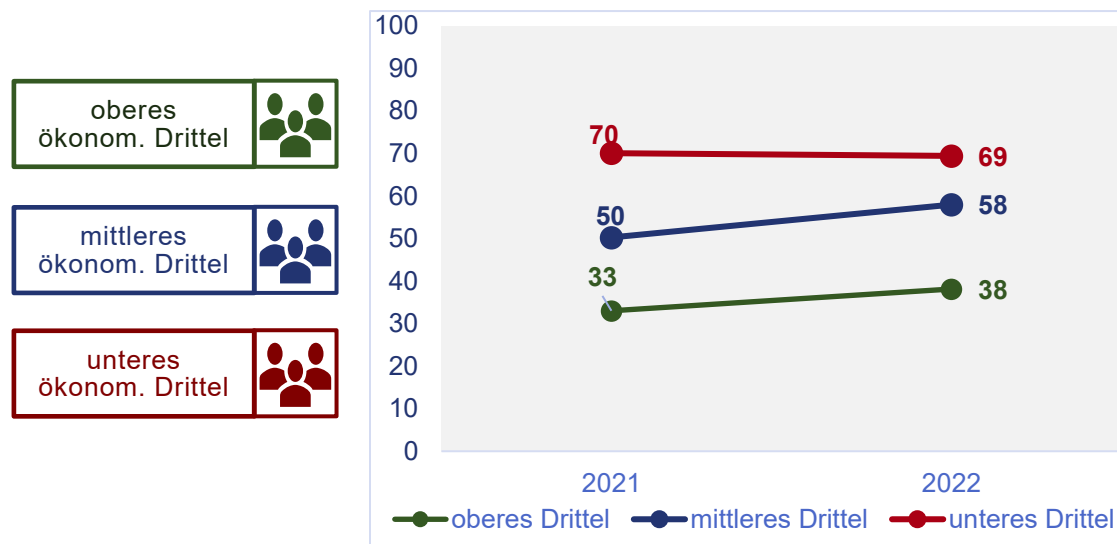
Abbildung 17: Ungleichheitsempfinden im Jahresvergleich



Der Anstieg dieses Gefühls der Ungleichbehandlung von politischer Seite ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich das mittlere ökonomische Drittel stärker davon betroffen zeigt als noch im Jahr zuvor. Während in diesem Drittel der Aussage 2021 50% zustimmten, tun dies mittlerweile bereits 58%

(Abbildung 18). Zudem stagniert das Ungleichheitsempfinden im unteren ökonomischen Drittel auf hohem Niveau (bei rund 70%) und es lässt sich im oberen Drittel ein Anstieg auf niedrigerem Level verorten. 2021 fühlte sich ein Drittel (33%) des oberen ökonomischen Clusters von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt – 2022 empfinden so bereits 38%.

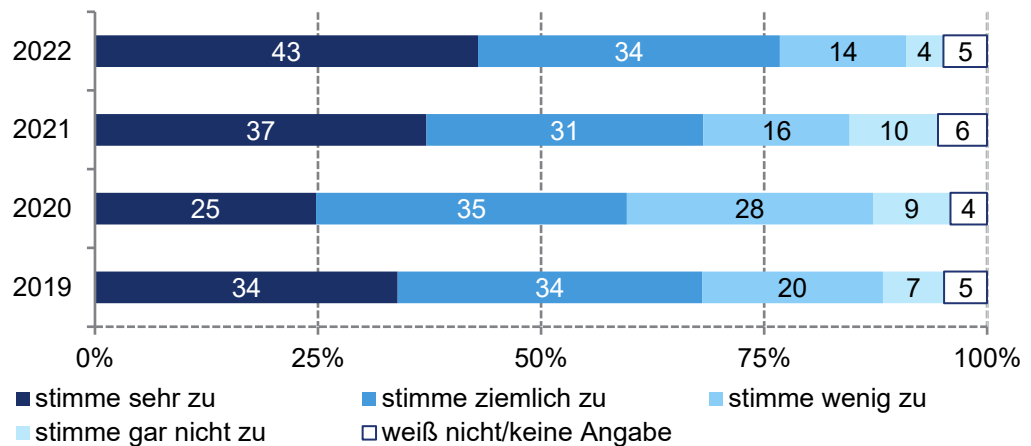
Abbildung 18: Ungleichheitsempfinden nach ökonomischen Dritteln



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Die Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen zweiter Klasse.“ Dargestellt: „Stimme sehr zu“ & „Stimme ziemlich zu“ zusammengefasst. Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst.

Selbstwirksamkeit ist ein weiterer wichtiger Aspekt von Freiheit. Darunter kann die Wirksamkeit des eigenen Handelns bzw. der eigenen Leistung verstanden werden. Die Selbstwirksamkeit in Bezug auf den Eigentumserwerb ist im Jahresvergleich stetig gesunken: Mit mehr als drei Viertel (77%) ist ein überwiegender Teil der Menschen der Meinung, dass es – egal, wie sehr man sich auch anstrengt – kaum noch möglich ist, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben (Abbildung 19). In den Jahren 2020 bzw. 2021 stimmten dem 60% bzw. 68% zu.

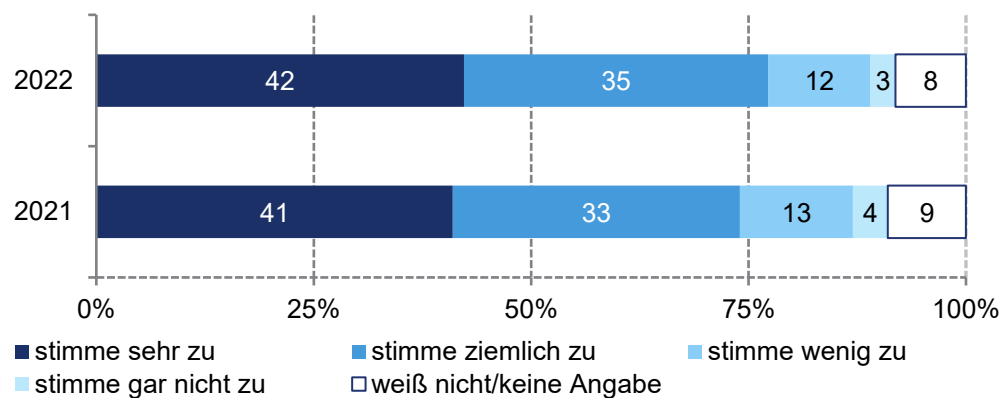
Abbildung 19: Selbstwirksamkeit in Bezug auf Eigentumserwerb im Jahresverlauf



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Egal wie sehr man sich anstrengt, es ist kaum noch möglich, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben.“

Auch die Kritik an der Bürokratie bleibt in Österreich unverändert hoch. Werden die Menschen in Österreich nach der Situation von kleinen Unternehmen und Selbstständigen gefragt, zeigt sich ein klares Bild. Mehr als drei Viertel (77%) stimmen der Aussage zu, dass es in Österreich dieser Personengruppe durch die vielen Regeln zu schwer gemacht wird (Abbildung 20). Im Jahr 2021 stimmten dem 74% zu.

Abbildung 20: Bürokratie-Wahrnehmung im Jahresvergleich

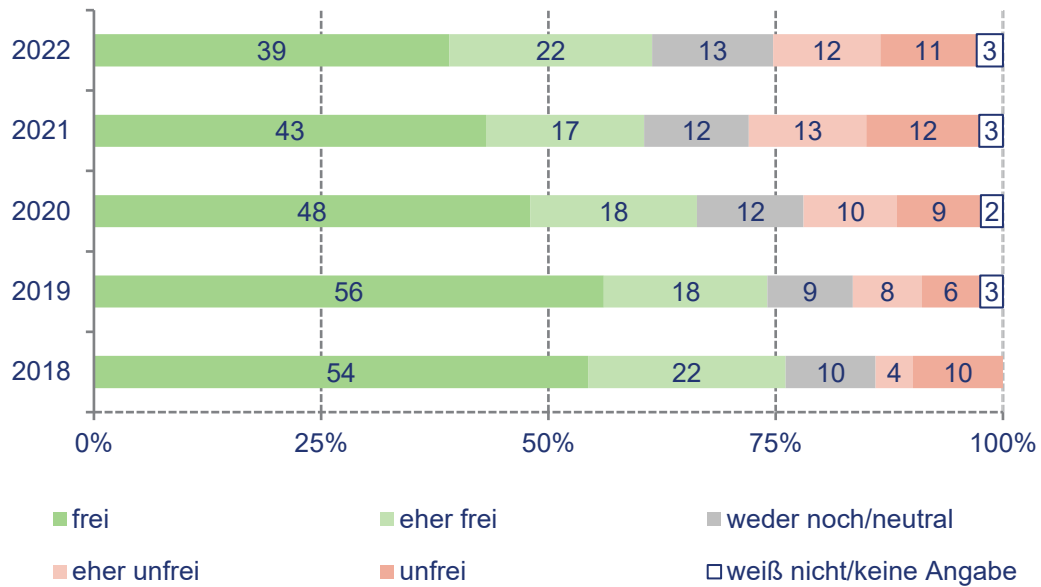


Angabe in Prozent: „Kleinen Unternehmen und Selbstständigen wird es in Österreich durch die vielen Regeln zu schwer gemacht.“

In Anschluss an die Analyse aktueller gesellschaftlicher Bedingungen für Freiheit stellt sich nun die Frage, wie sich angesichts multipler Krisen und Vertrauensverluste das Freiheitsgefühl entwickelt hat. Die Frage, ob die Menschen in Österreich ihr derzeitiges Leben als frei oder unfrei beurteilen, stellt seit 2018 den Kern der Untersuchung dar. Obwohl die Pandemie und ihre Einschränkungen aktuell entschärft sind, stagniert das Freiheitsgefühl. Zwar fühlt sich die Mehrheit mit 61% noch immer (eher) frei, aber der Anteil derer, die

sich (eher) unfrei fühlen blieb stabil hoch bei rund einem Viertel (Abbildung 21). Im Vergleich dazu fühlten sich 2018 und 2019 noch etwa drei Viertel (76% bzw. 74%) und im Jahr 2020 rund zwei Drittel (66%) frei bzw. eher frei.

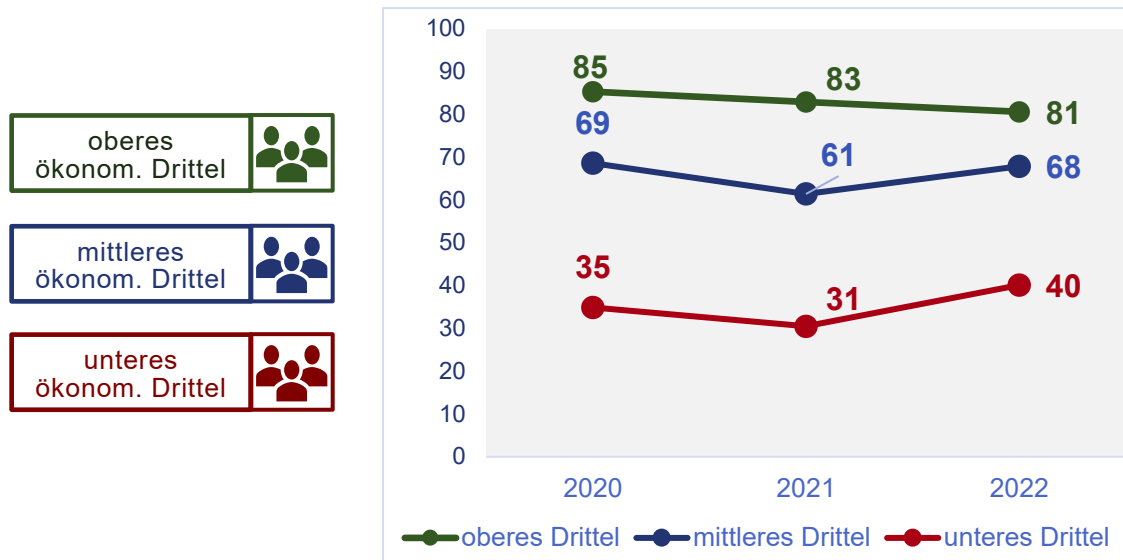
Abbildung 21: Freiheitsgefühl im Jahresverlauf



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei?“ Zur besseren Lesbarkeit wurde die Beschriftung der Werte 0% bzw. 1% entfernt.

Während das Freiheitsgefühl im oberen ökonomischen Drittel stagniert, liegt es im mittleren ökonomischen Drittel liegt das Freiheitsgefühl nach einem Knick 2021 im Jahr 2022 wieder in etwa auf dem Niveau des Jahres 2020 mit einem Anteil von 68%. Abseits davon bleibt das untere Drittel jenes, das sich weiterhin deutlich weniger frei fühlt. So sind dort aktuell nur 4 von 10 der Meinung, dass ihr gegenwärtiges Leben frei bzw. eher frei ist (Abbildung 22).

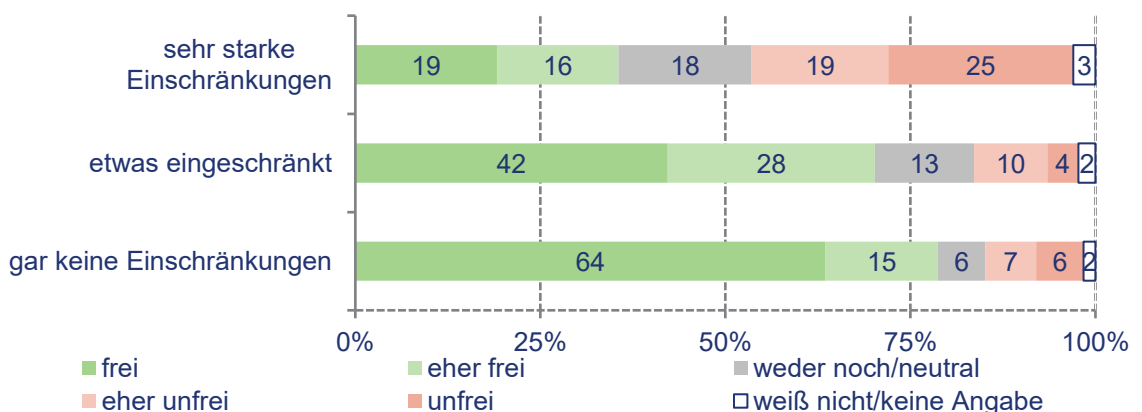
Abbildung 22: Freiheitsgefühl nach ökonomischen Dritteln



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei?“ Dargestellt: „Frei“ & „Eher frei“ zusammengefasst. Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Haushaltseinkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst.

Dabei gibt es auch Unterschiede nach der Betroffenheit aktueller Krisenentwicklungen: Jene, die sehr stark von den Teuerungen betroffen sind, empfinden ihr Leben mehrheitlich unfrei (44%) und fühlen sich dadurch unfreier als jene, die nur etwas oder gar nicht davon betroffen sind (Abbildung 23). Wer sich wegen der Teuerung also nur etwas oder gar nicht einschränken muss, fühlt sich tendenziell auch freier.

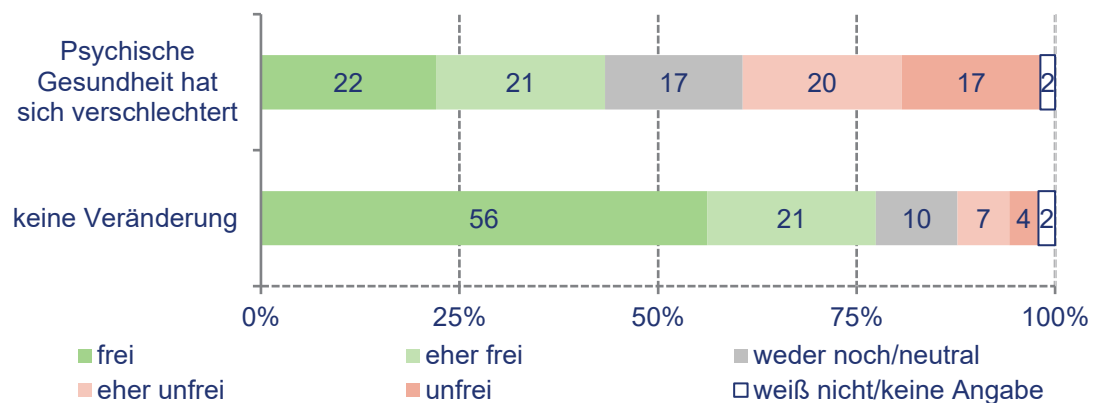
Abbildung 23: Freiheitsgefühl nach Teuerungsbetroffenheit



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei?“

Neben der Teuerung drückt auch die Verschlechterung der mentalen Gesundheit auf das Freiheitsgefühl: 37% der Personen, die unter einer Verschlechterung der psychosozialen Situation leiden, fühlen sich (eher) unfrei (Abbildung 24). Dies trifft im Gegensatz dazu nur bei rund einer von zehn Personen zu, deren psychischer Gesundheitszustand sich nicht verändert hat.

Abbildung 24: Freiheitsgefühl nach psychischer Gesundheit



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei?“

4 Wie kann das Freiheitsgefühl gestärkt werden?

Nachdem die aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen, in deren Spannungsfeld Freiheit in Österreich aktuell ausverhandelt wird, dargestellt wurden und auch das Ausmaß des Freiheitsempfindens in unterschiedlichen Bereichen diskutiert wurde, soll nun untersucht werden, wie sich diese Aspekte auf das Freiheitsgefühl auswirken. Was hemmt die Menschen derzeit, sich als frei zu empfinden? Was fördert das Freiheitsgefühl?

Zur Beantwortung dieser Frage wird wie im vergangenen Jahr die Methode der multivariaten, linearen Regression herangezogen. Im Verfahren werden Beziehungen zwischen Variablen modelliert, wie in diesem Fall beispielsweise zwischen den Auswirkungen der vergangenen zweieinhalb Jahre auf die psychische Gesundheit und dem Freiheitsgefühl. Mit ihrer Hilfe kann der Effekt von möglichen erklärenden Variablen – den Auswirkungen – auf eine zu erklärende Variable – dem Freiheitsgefühl – geschätzt werden. Die Frage danach, wie frei sich die Menschen in Österreich fühlen, kann Werte zwischen 0 und 10 annehmen.

Dafür wird in einem ersten Schritt eine Zusammenhangsanalyse durchgeführt, um mögliche erklärende Variablen zu identifizieren. Diese Korrelationsanalyse erfolgt hypothesengeleitet und untersucht den Zusammenhang zwischen den dargestellten aktuellen Entwicklungen, soziodemografischen Merkmalen und dem Freiheitsgefühl. Liegen signifikante Zusammenhänge vor, werden die entsprechenden Variablen auch in die Regressionsanalyse einbezogen. Untenstehende Tabelle zeigt alle untersuchten Dimensionen (Abbildung 25).

Bei der Berechnung des Regressionsmodells wird hierarchisch vorgegangen, was bedeutet, dass die in Abbildung 25 aufgezeigten Erklärungsdimensionen nacheinander aufgenommen wurden. Dadurch können die unterschiedlichen Wirkungsweisen der einzelnen Variablen berücksichtigt und indirekte Einflussvariablen identifiziert werden (Cohen et. al. 2003).

Abbildung 25: Im Regressionsmodell untersuchte Dimensionen

Mo- dell	Dimension	Indikatoren
1	Soziodemographie	<ul style="list-style-type: none"> • Geschlecht • Alter • Bildung • Staatsbürgerschaft
2	Ökonomische Absicherung	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzielle Absicherung in der Zukunft • Auskommen mit dem Einkommen
3	Teuerung	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle Betroffenheit von Teuerung
4	Auswirkungen der Pandemie	<ul style="list-style-type: none"> • Auf die finanzielle Situation • Auf die psychische Gesundheit
5	Vertrauensverlust	<ul style="list-style-type: none"> • In der Politik machen sich die gut Situierten un- tereinander aus, was im Land passieren soll.
6	Kriegssorge	<ul style="list-style-type: none"> • Durch den Krieg in der Ukraine mache ich mir auch Sorgen über Krieg in Österreich
7	Selbstwirksamkeit & Ungleichheits-Empfinden	<ul style="list-style-type: none"> • Durch eigene Anstrengung Eigentum erwerben • Die Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen zweiter Klasse

Im **ersten Modell** wird der Einfluss von Alter, Geschlecht, Staatsbürgerschaft und des Bildungsstatus untersucht. Das Freiheitsgefühl nimmt mit dem Alter zu, auch Menschen mit Matura oder österreichischer Staatsbürgerschaft fühlen sich eher frei. Diese Indikatoren erklären jedoch nur 10% der Varianz des Freiheitsgefühls.

Daher werden im **zweiten Modell** ökonomische Rahmenbedingungen in die Analyse einbezogen und untersucht, ob sich eine gute finanzielle Absicherung in der Zukunft und ausreichend Einkommen positiv auf das Gefühl von Freiheit auswirken. Dadurch werden die zuvor relevanten Einflussfaktoren des Bildungsabschlusses und der österreichischen Staatsbürgerschaft irrelevant – es handelt sich um indirekte Einflüsse. Jedoch zeigt sich, dass sich Menschen mit einer niedrigeren ökonomischen Absicherung und jene, deren Einkommen kaum zum Leben ausreicht, auch weniger frei fühlen. In Hinblick auf die zuvor relevanten Einflüsse der österreichischen Staatsbürgerschaft und des Bildungsstatus bedeutet das, dass Menschen mit Matura bzw. mit österreichischer Staatsbürgerschaft tendenziell finanziell besser abgesichert sind und sich deshalb auch eher frei fühlen. Nicht der Bildungsstatus oder die österreichische Staatsbürgerschaft wirken sich daher positiv auf das Freiheitsgefühl aus, sondern der ökonomische Status. Dieses zweite Modell erhöht die Aussagekraft des berechneten Modells bereits auf 29%.

Um einen weiteren Aspekt der aktuellen Krisenlage zu untersuchen, wurde im **dritten Modell** die Betroffenheit von der Teuerung in die Regressionsberechnung einbezogen. Die Erklärungskraft verändert sich dadurch nicht und bleibt bei 29% – dies lässt bereits vermuten, dass es sich bei der Betroffenheit von der Teuerung nicht um einen signifikanten Einflussfaktor auf das Freiheitsgefühl handelt. Dies bestätigt der Blick auf die Koeffizienten. Die Betroffenheit von der Teuerung hat keine signifikanten Auswirkungen auf das Freiheitsgefühl.

Wie bereits in Kapitel 3 aufgezeigt fühlen sich Menschen, deren psychosoziale Gesundheit unter den letzten zweieinhalb Jahren litt, auch weniger frei. Daher wurden die Auswirkungen der Pandemie auf die finanzielle Situation und die psychische Gesundheit im **vierten Modell** aufgenommen. Beide Aspekte beeinflussen das Freiheitsgefühl. Eine Verschlechterung der finanziellen oder psychosozialen Situation wirkt sich negativ auf das Freiheitsgefühl aus. Mit diesem Modell werden 34% des Freiheitsgefühls erklärt. Wie stark diese Effekte auf das Freiheitsgefühl wirken, veranschaulicht Abbildung 26. Die psychische Gesundheit hat den stärksten Effekt auf das Freiheitsgefühl – geben Menschen also an, dass sich ihre psychische Gesundheit verschlechtert hat, sinkt ihr Freiheitsgefühl (welches auf einer Skala zwischen 0 und 10 gemessen wird) um 1,2 Punkte im Vergleich zu jenen, deren mentale Situation unverändert blieb oder sich verbessert hat.

Das **fünfte Modell** untersucht, wie sich der Vertrauensverlust in das politische System im Zuge der Korruptionsskandale auf das Freiheitsgefühl auswirkt. Die Erklärungskraft erhöht sich dadurch von 34% auf 36%. Zudem wird deutlich, dass der Eindruck, die gut Situierten würden sich ausmachen, was im Land passieren soll, das Freiheitsgefühl um -0,4 Punkte bremst.

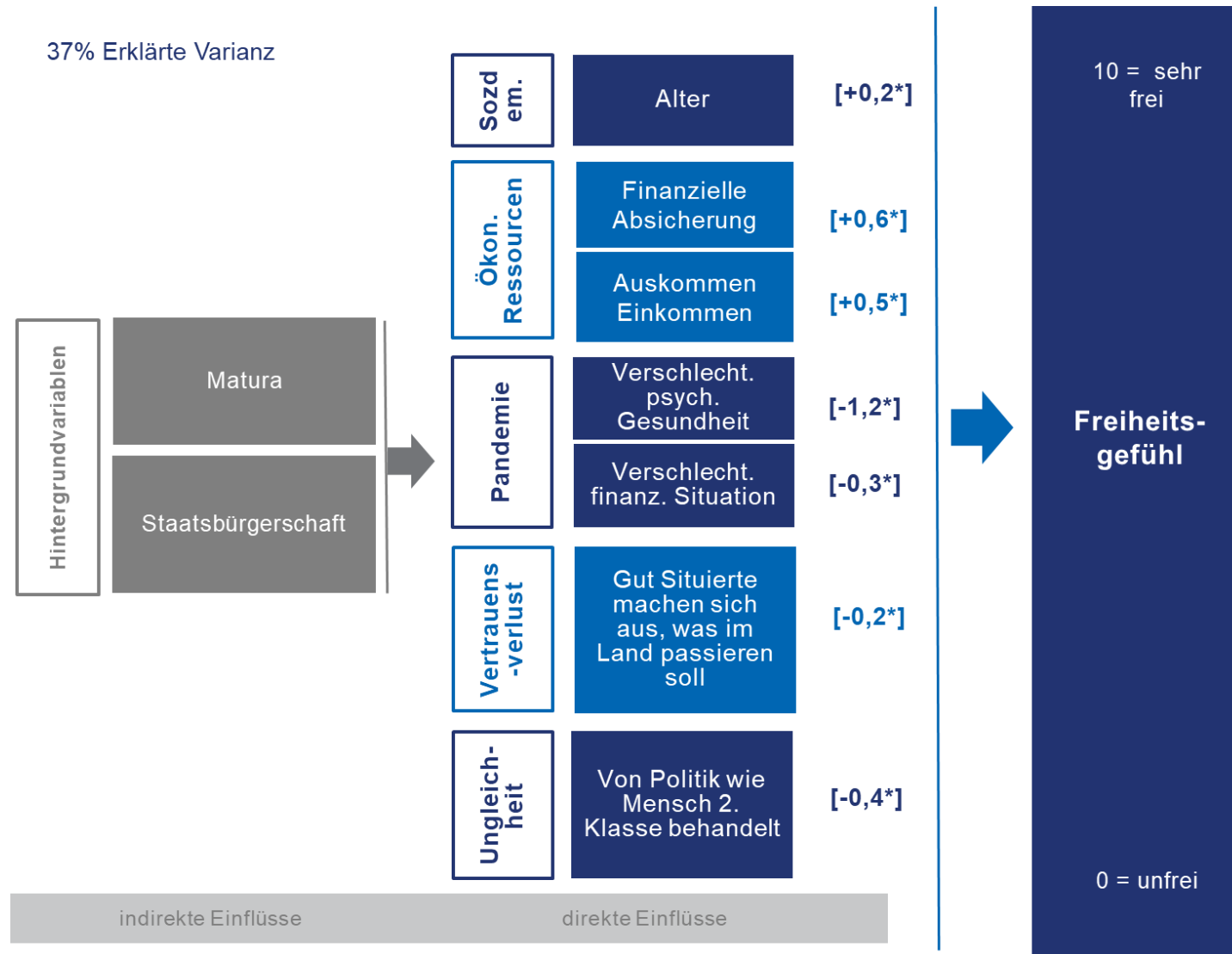
Im **sechsten Schritt** werden die Auswirkungen von Kriegssorgen auf das Freiheitsgefühl untersucht. Jedoch hat die Sorge, dass nach der Ukraine auch Krieg in Österreich herrschen könnte, keine Auswirkungen auf das Freiheitsgefühl und auch die Erklärungskraft des Modells bleibt unverändert.

Das **siebte und letzte Modell** untersucht den Einfluss von individueller Selbstwirksamkeit und dem Gefühl, von der Politik ungleich behandelt zu werden. Die These, dass sich das Gefühl, mit eigener Leistung Eigentum erwerben zu können, positiv auf das Freiheitsempfinden auswirkt, muss verworfen werden. Jedoch wird deutlich, dass der Eindruck, man würde von der Politik wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt, das Freiheitsgefühl negativ beeinflusst. Mit Aufnahme dieser Aspekte erhöht sich die Erklärungskraft auf 37%.

Die Regressionsberechnung zeigt daher, dass sich künftig wieder mehr Menschen in Österreich frei fühlen könnten, indem

1. Der Teuerung entgegengewirkt wird, beispielsweise indem Löhne angehoben werden, damit mehr Menschen gut von ihrem Einkommen leben können,
2. die ökonomische Absicherung auch langfristig erhöht wird,
3. die Auswirkungen der Pandemie in Form finanzieller Einschränkungen und Verschlechterungen der psychischen Gesundheit abgedeckt werden – beispielsweise in einem Ausbau der psychotherapeutischen Angebote und einem erhöhten Kostenzuschuss der Sozialversicherung,
4. dem Eindruck, die Politik sei ein Selbstbedienungsladen, entgegengewirkt wird, beispielsweise durch entsprechende Transparenzgesetze und eine Aufklärung der Korruptionsvorwürfe.
5. Dem Gefühl ungleicher Behandlung begegnet wird, indem sich die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen in politischen Maßnahmen widerspiegeln. Dass dies nicht bloß ein Gefühl ist, belegt beispielsweise eine deutsche Studie, welche die Responsivität der deutschen Gesetzgebung untersucht hat. Darin zeigt sich ein Zusammenhang zwischen den getroffenen politischen Entscheidungen und den Einstellungen von Personen mit höherem Einkommen, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang für die Einkommensschwachen (vgl. Elsässer et. al. 2017)

Abbildung 26: Regressionsmodell



Anm.: Schematische Darstellung der signifikanten Effekte des Regressionsmodells;

Die Zahlen in der Abbildung entsprechen dem Regressionskoeffizienten des jeweiligen Effekts; **B** ist der unstandardisierte Regressionskoeffizient; er gibt die Effektstärke der jeweiligen erklärenden Variable wieder: steigt die erklärende Variable um eine Einheit, steigt die zu erklärende Variable um B; ein negatives Vorzeichen bedeutet einen negativen Zusammenhang; Steigt der Anteil an Menschen, die von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit durch die Corona-Pandemie berichten, sinkt das Freiheitsgefühl um 1,2 Punkte.

R² ist ein Maß zur Beurteilung der Güte des Gesamtmodells und liegt zwischen 0 und 1; multipliziert mit 100 gibt R² an, welchen Anteil der Gesamtvariation der abhängigen Variablen durch das Modell erklärt wird. Das Modell erklärt 37% der Variation des Freiheitsgefühls.

5 Zentrale Ergebnisse

2022 untersucht der Freiheitsindex bereits zum fünften Mal, wie es um das Freiheitsgefühl der Menschen in Österreich steht und unter welchen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Freiheit ausverhandelt werden kann. Bereits zum dritten Mal beinhaltet der Freiheitsindex daher Fragen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die psychosoziale Gesundheit und die finanzielle Situation der Menschen in Österreich. Mit der Inflationsentwicklung und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sind zwei weitere Krisenentwicklungen hinzugekommen.

Während sich die Gefährdungslage durch das Corona-Virus – Stand Dezember 2022 – entspannt hat, tritt hinsichtlich der Auswirkungen durch die Pandemie keine Entschärfung ein. Mit vier von zehn Menschen, deren psychische Gesundheit sich in den letzten zweieinhalb Jahre verschlechtert hat, stagniert dieser Wert auf einem hohen Niveau. In Hinblick auf die finanzielle Situation ist eine weitere Zuspitzung beobachtbar, 2022 ist bereits rund die Hälfte der Menschen in Österreich von einer Verschlechterung der finanziellen Situation betroffen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Mitte im Jahresvergleich häufiger von finanziellen Einbußen berichtet. Das untere ökonomische Drittel hingegen sieht sich seit Ausbruch der Pandemie mit finanziellen Belastungen konfrontiert.

Zur Verschlechterung der finanziellen Situation trägt nicht zuletzt die Teuerung bei. Ein Viertel der Menschen in Österreich war im Herbst 2022 bereits sehr stark von Einschränkungen aufgrund der Preissteigerungen betroffen, weitere 53% schränkten sich etwas ein. Auch hier sind die Unterschiede entlang ökonomischer Ressourcen groß: Im unteren ökonomischen Drittel, dessen Einkommen seltener zum Leben ausreicht und das auch die künftige finanzielle Absicherung schlechter einschätzt, ist bereits mehr als die Hälfte sehr stark von Einschränkungen betroffen.

Am stärksten ist die Teuerung aktuell im Bedarf des täglichen Lebens spürbar: Rund drei Viertel der Menschen berichten davon, dass sie im Bereich der Lebensmittel und Treibstoffe bzw. Mobilität von Teuerungen betroffen sind. Künftig werden Preissteigerungen vor allem im Bereich Energieversorgung befürchtet. Dies ist insbesondere in Anbetracht dessen, dass aktuell zwei Drittel der Menschen weniger Geld zur Seite legen können als sonst, besorgniserregend.

Zu den Auswirkungen der Pandemie auf die finanzielle sowie psychosoziale Lage und die Teuerung tritt auch der Krieg in der Ukraine ein. Er reiht sich ein in die Erfahrung multipler Krisen, das Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit hat damit wieder an Aktualität gewonnen. Dies spiegelt sich auch in der

Haltung der Menschen in Österreich wider; eine knappe Mehrheit spricht sich für eine Aufrüstung des Bundesheers aus. Ambivalenter gestaltet sich das Stimmungsbild in Hinblick auf die Befürwortung von Sanktionen gegenüber Russland trotz steigender Gaspreise. Für die Sanktionen sprechen sich tendenziell eher Menschen mit Matura und jene aus, die weniger stark von den Teuerungen betroffen sind. Sorge um einen Krieg in Österreich empfinden aktuell rund vier von zehn Menschen.

Zusätzlich zu den globalen multiplen Krisenerfahrungen treten auch innenpolitische Entwicklungen, namentlich die Korruptionsvorwürfe der vergangenen Jahre. Nachdem durch die sogenannte Ibiza-Affäre im Jahr 2019 ein Einbruch im Vertrauen in das politische System beobachtbar war und auch das Freiheitsgefühl stark zurückging, ist 2022 mit rund drei Viertel eine Mehrheit der Ansicht, dass die Politik in Österreich ein Selbstbedienungsladen sei. Darüber hinaus hat sich im Zuge dessen auch das Gefühl von Ungleichheit deutlich verstärkt und mehr als die Hälfte der Menschen in Österreich hat den Eindruck, von der Politik wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden. Dieser Anstieg ist wiederum auf die Mitte zurückzuführen, wohingegen das untere ökonomische Drittel bereits 2021 mehrheitlich von diesem Gefühl berichtete.

Seitdem das Thema Eigentum im Jahr 2019 als Schwerpunkt behandelt wurde, beinhaltet der Freiheitsindex auch die Frage, ob ein Eigentumserwerb mit eigenen Anstrengungen möglich scheint. Dies verneinen mittlerweile mehr als drei Viertel der Menschen in Österreich.

Den Kern der Erhebungen des Freiheitsindex bildet seit 2018 die Untersuchung des Freiheitsgefühls. 2021 ist das Freiheitsgefühl auf einem Tiefpunkt angekommen, 2022 stagniert es auf diesem Tiefpunkt. Während sich seit Beginn der Erhebungen zeigt, dass sich ökonomische Ungleichheit negativ auf das Gefühl von Freiheit auswirkt, treten auch akute Verschärfungen hinzu: jene Menschen, die unter einer Verschlechterung der psychischen Gesundheit leiden oder von der Teuerung sehr stark belastet sind, fühlen sich ebenfalls weniger frei. Angesichts dieser Aspekte widmet sich der Freiheitsindex auch 2022 der Frage, wie das Freiheitsgefühl gestärkt werden kann und geht ihr anhand einer Regressionsanalyse nach.

Die Verschlechterung der psychischen Gesundheit bremst das Freiheitsgefühl am stärksten, gefolgt von ökonomischer Unsicherheit und dem Gefühl, von der Politik wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden. Aber auch der Eindruck, dass sich in der Politik gut Situierte untereinander vereinbaren, was im Land geschieht, dämpft das Freiheitsgefühl.

Der Freiheitsindex zeigt demzufolge auch 2022 auf, dass es vor allem im Bereich der ökonomischen Absicherung Aufholbedarf gibt. Zudem ist es

alarmierend, dass das Freiheitsgefühl auf einem niedrigen Niveau stagniert und sich knapp ein Viertel der Menschen in Österreich eher unfrei fühlt – obwohl sich die Pandemie-Lage entschärft hat. Die aktuelle Situation multipler Krisen wirkt sich dabei bremsend auf das Freiheitsgefühl aus, insbesondere im finanziellen Bereich. In dieser Hinsicht war das untere ökonomische Drittel akut von Verschlechterungen der finanziellen Situation betroffen, durch die Teuerung hat sich auch in der Mitte die finanzielle Situation verschärft.

Literaturverzeichnis

Amlinger, Caroline & Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Backhaus, Klaus, Erichson, Bernd, Plinke, Wulff & Weiber, Rolf (2008): Multivariate Analysemethoden. Berlin: Springer.

Bardt, Hubertus (2021): Verteidigungsausgaben in Deutschland, IWTrends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 48, Iss. 1, pp. 41-59, <https://doi.org/10.2373/1864-810X.21-01-03>

Baur, Nina & Florian, Michael (2009): Stichprobenprobleme bei Online Umfragen. In: Jakob, Nikolaus, Schoen, Harald & Zerback, Thomas (Hrsg.): *Sozialforschung im Internet*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-129.

Cohen, Jacob, Cohen, Patricia, West, Stephen G. & Aiken, Leona S. (2003): Applied Multiple Regression. Correlation Analysis for the Behavioral Sciences. New York: Routledge.

Elsässer, Lea & Hense, Svenja & Schäfer, Armin. (2017). „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. Zeitschrift für Politikwissenschaft. 27. 10.1007/s41358-017-0097-9.

Klauke, Sebastian (2022): Kapital & Krise. Zur Theorie der Multiplen Krise des Kapitalismus. Berlin: Bertz und Fischer.

Krastev, Ivan (2020): Ist heute schon morgen? Wie die Pandemie Europa verändert. Berlin: Ullstein Verlag.

Mölling, Christian, Barker, Tyson, Hageböling, David, Herr, Afra, Kornhuber, Kai, Matlé, Aylin & Weber, Valentin (2022). Zeitenwende für Europas Sicherheitsordnung: Entwicklungsoptionen in drei Skizzen. (DGAP Policy Brief, 9). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80028-4>

Schräpler, Jörg-Peter (2000): Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Nonresponse lernen? ZUMA-Nachrichten 46, S. 117-149. Verfügbar unter: http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/zuma_nachrichten/zn_46.pdf

Zandonella, Martina (2020): Österreichischer Demokratie Monitor 2020. Forschungsbericht.

Zandonella, Martina (2021): Follow-up zur psychosozialen Situation der Wiener*innen während der Pandemie. Verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/psycho-soziale-situation-sora-2.pdf>

Zandonella, Martina, Hoser, Bernhard (2022): Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher*innen während der Pandemie. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich.

Abbildungen

Abbildung 1: Auswirkungen der Pandemie im Zeitverlauf	8
Abbildung 2: Verschlechterung der finanziellen Situation nach ökonomischen Dritteln	9
Abbildung 3: Finanzielle Situation nach ökonomischen Drittel im Jahresverlauf	10
Abbildung 4: Die ökonomischen Drittel	11
Abbildung 5: Veränderung der finanziellen Situation nach Altersgruppen	12
Abbildung 6: Verschlechterung der psychischen Gesundheit nach ökonomischen Dritteln	13
Abbildung 7: Psychische Gesundheit nach Altersgruppen	14
Abbildung 8: Betroffenheit von Teuerung nach ökonomischen Dritteln	15
Abbildung 9: Aktuelle Betroffenheit von Teuerung nach Bereichen	16
Abbildung 10: Anzahl der von Teuerung betroffenen Bereiche	17
Abbildung 11: Finanzielle Einschränkungen in den nächsten Monaten nach ökonomischen Dritteln	17
Abbildung 12: Zukünftige Betroffenheit von Teuerung nach Bereichen	18
Abbildung 13: Sparen nach ökonomischen Dritteln	19
Abbildung 14: Aufrüstung, Russland-Sanktionen, Kriegssorgen & europäische Freiheit	20
Abbildung 15: Gefühlslagen zu aktuellen Entwicklungen	21
Abbildung 16: Korruptionsempfinden	23
Abbildung 17: Ungleichheitsempfinden im Jahresvergleich	23
Abbildung 18: Ungleichheitsempfinden nach ökonomischen Dritteln	24
Abbildung 19: Selbstwirksamkeit in Bezug auf Eigentumserwerb im Jahresverlauf	25
Abbildung 20: Bürokratie-Wahrnehmung im Jahresvergleich	25
Abbildung 21: Freiheitsgefühl im Jahresverlauf	26
Abbildung 22: Freiheitsgefühl nach ökonomischen Dritteln	27
Abbildung 23: Freiheitsgefühl nach Teuerungsbetroffenheit	27
Abbildung 24: Freiheitsgefühl nach psychischer Gesundheit	28
Abbildung 25: Im Regressionsmodell untersuchte Dimensionen	30
Abbildung 26: Regressionsmodell	33

Anhang: Regressionsmodell

Dimension	Variablen	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
Soziodemographie	Geschlecht (männlich=1 / nicht-männlich=0)	-,236						
	Alter (aufsteigend)	,039 ***	,031 ***	,031 ***	,024 ***	,025	,025 ***	,022 ***
	Bildung (keine Matura=0 / Matura =1)	,916 ***						
	Staatsbürgerschaft (0=andere / 1= österr. Staatsbürgerschaft)	,798 ***						
Ökonomische Absicherung	Auskommen mit dem Einkommen (1= reicht nicht aus/ 4= reicht sehr gut aus)		,780 ***	,811 ***	,578 ***	,589	,590 ***	,533 ***
	Finanzielle Absicherung in der Zukunft (1=sehr schlecht / 4=sehr gut)		,814 ***	,769 ***	,680 ***	,645	,645 ***	,578 ***
Teuerung	Aktuelle Betroffenheit von der Teuerung (0=keine Einschränkung / 1=Einschränkung)			-,077				
Auswirkungen der Pandemie	Auf die finanzielle Situation (0=nicht verschlechtert / 1=verschlechtert)				-,455 ***	-,407	-,412 ***	-,305 *
	Auf die psychische Gesundheit (0=nicht verschlechtert / 1 = verschlechtert)				-1,26 ***	-1,223	-1,228 ***	-1,163 ***
Vertrauensverlust	In der Politik machen sich die gut Situierten untereinander aus, was im Land passieren soll (1=stimme gar nicht zu / 4=stimme sehr zu)				-0,39 ***	,145 *	-,391 ***	-,222 ***
Kriegssorge	Durch den Krieg in der Ukraine mache ich mir auch Sorgen über Krieg in Österreich (1= gar nicht / 4 =sehr)						,034	
Selbstwirksamkeit & Ungleichheitsempfinden	Egal wie sehr man sich anstrengt, es ist kaum noch möglich, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben							,028
	Die Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen zweiter Klasse							-0,41 ***
Erklärungskraft des Modells	R ²	0,1	0,29	0,29	0,34	0,36	0,35	0,37

Anm.: Dargestellt sind die im jeweiligen Modell eingeführten und signifikanten Effekt. ***verweist auf signifikante Effekte; Dargestellt ist B, der unstandardisierte Regressionskoeffizient; er gibt die Effektstärke der jeweiligen erklärenden Variable wieder: steigt die erklärende Variable um eine Einheit, steigt die zu erklärende Variable um B; ein negatives Vorzeichen bedeutet einen negativen Zusammenhang;

R2 ist ein Maß zur Beurteilung der Güte des Gesamtmodells und liegt zwischen 0 und 1; multipliziert mit 100 gibt R2 an, welchen Anteil der Gesamtvariation der abhängigen Variable durch das Modell erklärt wird (für das letzte Modell 7: 37%).